

Sozialismus

oder Barbarei

Zeitschrift der Gruppe Internationaler SozialistInnen Nr. 25 1 Euro

**Globale Krise – internationaler Widerstand:
*One World – One Revolution!***



Inhalt:

Internationale Krise- Der unvollendete „Arabische Frühling“ - Ergebnisse und Perspektiven - Italienische Kommunisten in Stalins Gulag – Buchbesprechung: Alexander Rabinowitch Das erste Jahr der Sowjetmacht - Interview mit der Socialist Workers`League of Korea (SWLK) - Wachsendes Elend für die rumänische ArbeiterInnenklasse - Solidaritätsaufruf des Autonomen Buchladens Gondolkodó in Budapest

<u>Inhalt:</u>	Seite:
Die internationale Krise der Staatsschulden	3
Der unvollendete „Arabische Frühling“ – Ergebnisse und Perspektiven	4
Italienische Kommunisten in Stalins Gulag	9
Buchbesprechung: Alexander Rabinowitch Das erste Jahr der Sowjetmacht	14
Indignados – ein Papier der „Commissione Lavoro“ aus Rom!	19
Interview mit der Socialist Workers` League of Korea (SWLK)	21
Wachsendes Elend für die rumänische ArbeiterInnenklasse	24
Solidaritätsaufruf des Autonomen Buchladens Gondolkodó in Budapest	24

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift ist solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der EmpfängerIn persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Du kannst *Sozialismus oder Barbarei* abonnieren
(12 Euro für 4 Ausgaben, Porto incl./Auslandsabo: 20 Euro)
Kontakt zur GIS: GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin,
e-mail: de@leftcom.org
www.gis.de.vu**

V.i.S.d.P Petra Schneider, Albstr. 17, Steinheim

Wer wir sind:

Die **Gruppe Internationaler SozialistInnen** ist ein marxistischer Diskussions- und Arbeitszusammenhang. Unser Orientierungspunkt ist die Tradition der Kommunistischen Linken, einer Strömung die frühzeitig Nationalismus und Stellvertreterpolitik bekämpft, und die Ideen des revolutionären Marxismus gleichermaßen gegen Stalinismus und Sozialdemokratie verteidigt hat. Als globales System kann der Kapitalismus nur international bekämpft und überwunden werden. Deswegen sind wir Teil der **Internationalistischen Kommunistischen Tendenz (IKT)**, einem internationalen Zusammenschluss linkskommunistischer Gruppen und Organisationen, dessen Ziel es ist durch politische Klärung, Diskussionen und Interventionen einen Beitrag für den Aufbau einer neuen kommunistischen Weltpartei zu leisten. Wir fordern alle jene, die sich mit dieser Perspektive identifizieren können auf, mit uns in Kontakt zur treten und aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

Kontakte zur IKT:

Britannien:

Communist Workers` Organisation
BM CWO, London WC1N 3XX

Italien:

Partito Comunista Internazionale – Battaglia Comunista
CP 1753, 20101, Milano, Italia

Kanada / USA:

Internationalist Workers Group / Groupe Internationaliste Ouvrier
R.S. CP. 173, Succ.C, Montreal, Quebec, Canada
H2L 4K1
PO BOX 14173, Madison, WI 53708 – 0173, USA

Frankreich:

Bilan & Perspectives
BP 45, 13266, Marseille, Cedex 08, France

BRD:

Gruppe Internationaler SozialistInnen
GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin

Website der IKT: www.leftcom.org

Unser Blog : www.gis.blogspot.de

Die internationale Krise der Staatsschulden

Aus der sog. Subprimekrise ist nun eine Krise der Staatsschulden geworden. Bürgerliche Analysten erklären die derzeit äußerst angespannte Situation gerne mit dem angeblichen „Verrücktspielen der Märkte“. Doch der eigentliche Wahnsinn besteht im globalen kapitalistischen System selber, welches wieder einmal von seinen eigenen unlösbaren Widersprüchen erschüttert wird. Die sog. „Märkte“ sind nichts anderes als ungefähr ein Dutzend internationaler Banken und Finanzinstitute. Mit ihren spekulativen Aktivitäten bewegen sie jährlich ca. 600 Billionen Dollar im Jahr, also eine Summe die 12-mal höher ist als das globale BIP. Diese Massen fiktiven Kapitals strömen tagtäglich um den Globus, stets auf der Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten, um durch spekulative Aktivitäten mehr Kapital zu generieren. Aus sich selbst heraus kann Geld solange nicht mehr Geld produzieren (von fiktiven Werten einmal abgesehen) solange es nicht produktiv investiert wird, d.h. durch Lohnarbeit neues Kapital geschaffen wird. Spekulationen alleine, welche Formen sie auch annehmen mögen, schaffen keinen neuen Wert, sondern transferieren lediglich bereits produzierten Wert. Sie sind auch kein neues Phänomen des Kapitalismus. Allerdings ist die Finanzspekulation in den letzten Jahrzehnten drastisch angestiegen und hat auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen, was die Mechanismen der Kapitalakkumulation zusätzlich erschwert. Was allgemein als Finanzkrise bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit eine Wirtschaftskrise. Ihre Ursache liegt in der sich zuspitzenden Schwierigkeit des Kapitalismus mit immer niedrigen Profitraten zu überleben und produktive Investitionsmöglichkeiten zu finden. Diese Verwertungskrise hat dazu geführt, dass immer größere Mengen Kapital aus der Produktion abziehen, um ihr Heil in der Spekulation zu suchen. Das Problem hat sich vom produktiven in den spekulativen Sektor verlagert. Nach dem Platzen einer Reihe von Spekulationsblasen hat es nun wieder die Realwirtschaft erwischt. Dadurch wurden die ohnehin schon prekären Rahmenbedingungen, die die grassierende Finanzspekulation hervorgerufen haben, zusätzlich verschärft. In diesem Kontext hat sich die Krise der Staatsschulden entwickelt und auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlicher Intensität alle wichtigen kapitalistischen Staaten erfasst. Die Staatsschulden, also jene Schulden, die der Staat mit nationalen oder internationalen Gläubigern aushandelt, um seine eigenen Aktivitäten zu finanzieren sind umso größer, je nachdem wie der Staat intervenieren muss, um die jeweilige Volkswirtschaft anzukurbeln. In den letzten Jahrzehnten mussten neben der Finanzierung öffentlicher Ausgaben verstärkt Staatsschulden aufgenommen werden, um die Auswirkungen des

zunehmenden Falls der Profitrate auf den privaten und öffentlichen Sektor auszubügeln.

Als die Krise dann im Finanzsektor ausbrach, mussten die betroffenen Banken mit öffentlichen Geldern massiv gestützt werden. Die staatliche Unterstützung ging hierbei weit über die übliche Subventionierung großer Unternehmen wie bspw. im Maschinenbau oder der verarbeitenden Industrie hinaus. Für die führenden imperialistischen Länder kamen dann noch zusätzlich die Kosten für Kriege und Rüstung hinzu.

Die Situation der USA ist dafür wohl das beste Beispiel. Über Jahre hat der Fall der Profitrate besondere Mechanismen der Kapitalverwertung hervorgebracht. Dies hat die Flucht in die Spekulation weiter begünstigt, was schließlich zwangsläufig zum Platzen der Spekulationsblase führen musste. Die Milliarden Dollar, die dabei verbrannt wurden, zwangen den Staat schließlich zu hastigen und kostspieligen Rettungsprogrammen, die seine Finanzreserven austrockneten und ihn an den Rand des Staatsbankrotts brachte. Die Staatsschulden der USA belaufen sich zurzeit auf 14.5 Billionen Dollar, was ca. 102% des BIP entspricht. Einige amerikanische Analysten, die die Anleihen von Versicherungsfonds und einzelner Bundesstaaten in ihre Statistik mit einbeziehen, gehen jedoch von einer Staatsverschuldung von 140% des BIP aus. Mit derartigen Zahlen hätten die USA niemals die Kriterien der Maastrichter Verträge erfüllt – und selbst wenn, wäre ihre Situation weitaus schlimmer als die Griechenlands, Portugals oder Spaniens. Wenn man die Schulden einzelner US-Bundesstaaten sowie die Schulden von Familien und Firmen hinzunimmt ergibt sich ein geradezu katastrophales Bild. Der Bundesstaat Minnesota hat gerade den Haushaltsnotstand erklärt. Er ist nicht mehr in der Lage den Öffentlichen Dienst zu finanzieren und seine Angestellten zu bezahlen. Er wartet auf die Interventionen der US-Regierung, die bis jetzt allerdings auf sich warten lassen. Fast vierzig andere amerikanische Bundesstaaten stecken in einer ähnlichen Lage. Das ganze Wunder besteht darin, dass die Neubewertung der US-Anleihen erst jetzt stattfindet und dies nur durch die Ratingagentur Standard and Poor. Moody's hält noch an der Triple-A-Bewertung fest. Vor diesem Hintergrund klingen die Beschwerden des US-Finanzministeriums über einen angeblichen Kalkulationsfehler von 2000 Milliarden Dollar geradezu lächerlich, wenn nicht sogar peinlich. Die Schwäche der in Dollar notierten amerikanischen Anleihen hat zudem einen weltweiten Währungskrieg vor allem gegen den Euro ausgelöst, was die ohnehin schon angeschlagenen europäischen Volkswirtschaften zusätzlich in Gefahr bringt. China hält 1,1 Billionen Dollar an Staatsanleihen und setzt

sich nun lautstark in Szene. Die US-Regierung wird dafür kritisiert über ihre Verhältnisse gelebt zu haben und nicht die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Ferner wird mit einem Umtausch der Devisenbestände (womit China schon vor Jahren angefangen hat) und mit der Ablösung des Dollar durch eine neue Leitwährung gedroht.

Doch welche Wege gibt es aus dieser Krise? Eigentlich die üblichen – allerdings mit gravierenden Unterschieden.

Im Jahr 1929 gab es noch finanzielle Möglichkeiten um Mechanismen in Gang zu setzen, die die Nachfrage stützten. Aber dies ist heute angesichts der begrenzten finanziellen Spielräume kaum mehr möglich. Die Staaten sind hoch verschuldet und der einzige Weg, wie sich der Kapitalismus weiter am Leben erhalten kann besteht im fortlaufenden Abbau von Arbeitskräften. Nehmen wir als allgemeines Beispiel die USA, wo gerade ein massives soziales Kahlschlagsprogramm vorbereitet wird. Die Arbeitslosigkeit liegt dort bei 16%. Nach offizieller Lesart sollen es „nur“ 9.8% sein. Allerdings sind diese Zahlen sehr geschönt. Erwerbslose, die sich nicht offiziell registrieren lassen, werden hierbei nicht einbezogen. Ebenso verhält es sich mit jenen, die einige Wochen im Jahr die Möglichkeit haben zu arbeiten. In einem sozialen Gefüge, in dem 50 Millionen Menschen in absoluter Armut leben, von denen 90% zum Überleben auf Suppenküchen oder Lebensmittelausgaben angewiesen sind, wird nun die Axt an die öffentlichen Ausgaben gelegt. Der von Obama vorgeschlagene überparteiliche Plan sieht drastische Sozialkürzungen, eine weitere steuerliche Belastung der Lohnabhängigen und Steuervergünstigungen für die Reichen vor. Ansonsten soll so ziemlich alles gekürzt werden, was irgendwie nach staatlicher Unterstützung aussieht. Praktisch bedeutet dies weitere Arbeitslosigkeit, Verarmung und die Verschärfung der Ausbeutung. (...) Es ist äußerst schwierig einen Job zu ergattern und selbst wenn, gibt es faktisch keine Garantie ihn zu behalten. Das Rentenalter wurde heraufgesetzt und weitere Kürzungen im Gesundheitsbereich werden folgen. All diese

Maßnahmen unterlaufen Obamas Plan für eine Reform des Gesundheitswesens, der allerdings ohnehin nur auf dem Papier existiert. Vielmehr werden nun noch schärfere Kürzungen im Bereich der Gesundheitsversorgung auf den Weg gebracht. Nahezu dieselben Rezepte wurden bereits Griechenland für die Gewährung von Geldern der EZB und der EU-Länder auferlegt, um so die zweite Welle der internationalen Krise einigermaßen bestehen zu können. Außer Kürzungen hat der Kapitalismus in der Periode seines historischen Niedergangs nichts mehr zu bieten. Die ganze Paradoxie besteht darin, dass die Produktivkräfte ausreichend entwickelt sind, um allen Menschen ein vernünftiges Leben zu ermöglichen. Unter kapitalistischen Verhältnissen werden jedoch immer mehr Menschen sozial ausgegrenzt, und die Lasten der Krise auf jene abgewälzt, die den täglichen Reichtum produzieren, die Arbeiterklasse.

Hinzu kommt noch die Gefahr von Kriegen, die sich heute nicht mehr auf strategisch wichtige rohstoffreiche Gebiete konzentrieren. Vielmehr gibt es eine Tendenz zum verallgemeinerten Krieg, in dem sich die imperialistischen Mächte immer unversöhnlicher gegenüberstehen (...). Von den katastrophalen Auswirkungen der Umweltzerstörung und der zunehmenden Vernichtung der Lebensressourcen dieses Planeten gar nicht zu reden. Angesichts dieser Perspektiven ist es Zeit für eine weltweite revolutionäre Partei, eine Klassenrevolte gegen die Krise des Kapitals und die scheinbar alternativlose Politik von Blut und Tränen. Es ist Zeit für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft die nicht auf der kapitalistischen Logik des Profits basiert. Eine Utopie? Nein! Es ist der einzige Ausweg aus den Katastrophen eines überkommenden ökonomischen und sozialen Systems. Einem System, welches seine eigenen Widersprüche nur aushalten kann, indem es das internationale Proletariat weiter verheizt. Es ist der einzige Ausweg aus der historischen Sackgasse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. (FD)

Der unvollendete „Arabische Frühling“ – Ergebnisse und Perspektiven

Die arabischen Revolten, die im Januar dieses Jahres in Tunesien ausbrachen, haben ganz Nordafrika und den Mittleren Osten wie ein gewaltiges politisches Erdbeben erfasst. Die Nachwirkungen erschüttern weiterhin den Mittelmeerraum und sind in der ganzen Welt spürbar. Von Marokko bis Jemen wurden nahezu alle Länder von den Protesten und Revolten erschüttert. Mit Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten wurden zwei der vertrautesten Satrapen des Westens gestürzt. Gleichzeitig konnten sich bisher Regime wie Syrien und Bahrain durch Einsatz äußerster Repression an der Macht halten. Mittlerweile haben die westlichen Mächte die Revolte in Libyen als Vorwand genutzt, um einen weiteren Krieg im Mittleren Osten zu entfachen, um so die Schockwellen der Revolten einzudämmen und die Kontrolle wiederzugewinnen. Doch trotz der blutigen Repression in Ländern wie Syrien, Bahrain und Jemen und den drakonischen Gesetzen der neu eingesetzten Regime in Ägypten und Tunesien ist die Revolte noch lange nicht vorbei. Obwohl tausende Menschen getötet wurden, gehen in Syrien die Demonstrationen unvermindert weiter. Ebenso kam es in Tunesien und Ägypten zu weiteren Demonstrationen gegen die neuen Machthaber. In Ägypten wurde der Tahir Platz in Kairo erneut besetzt. Die Protestierer erklärten die Besetzung solange aufrecht erhalten zu wollen, bis der neue Militärrat zurückgetreten sei. Des Weiteren wurde die Forderung nach einer besseren Bezahlung der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gefordert, was ein Anzeichen für ein anwachsendes proletarisches Element in der Bewegung ist. In Suez haben ArbeiterInnen für höhere Löhne und die Bestrafung von Polizisten demonstriert, die im Februar dieses Jahres Streikende ermordet hatten. Sie haben Straßenblockaden organisiert und damit gedroht, den Suezkanal dichtzumachen wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Dies alles trotz der harten Gesetze die die Militärjunta im März erlassen hat. Demnach sollen künftig Demonstrationen, Sit Ins und Streiks als „Sabotage der Wirtschaft“ mit langen Haftstrafen geahndet werden. Die fortschreitenden Revolten des „Arabischen Frühlings“ waren zudem auch eine wichtige Inspirationsquelle für neue Protestbewegungen in Europa. In Spanien, Griechenland und nun auch Israel haben die soziale Bewegungen die gleiche Taktik wie die Revolten in Tunesien und Ägypten angewandt, und aus Protest gegen die Arbeitslosigkeit und die Sparmaßnahmen der Regierungen die öffentlichen Plätze besetzt.

Die imperialistischen Mächte wurden auf dem falschen Fuß erwischt

Für die imperialistischen Mächte kamen die Revolten völlig überraschend und sie hatten anfangs Schwierigkeiten mit der neuen Situation umzugehen. Nur wenige Wochen vor dem Januaraufstand in Tunesien wurden in einem offiziellen Bericht des IWF allen voran Ägypten und Tunesien für ihre nachhaltige und stabile Wirtschaftspolitik gelobt. Dies wohlgerneht trotz der massiven Arbeitslosigkeit, der bitteren Armut und der brutalen Staatsrepression in diesen Ländern. Was dem IWF natürlich am meisten imponierte waren die niedrigen Löhne und harten Arbeitsbedingungen die diese Regime der ArbeiterInnenklasse auferlegten und damit hohe Wachstumsraten und einträgliche Profite erzielen konnten. Von den Aufständen vollkommen überrascht zogen es die USA und die Mächte vor abzuwarten wie sich die Dinge entwickeln würden. Als die von ihnen so gepriesenen und unterstützten Diktatoren in Tunesien und Ägypten jedoch weggefegt waren, ergingen sie sich in den üblichen Lobeshymnen für Freiheit und Demokratie. Gleichzeitig wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt Einfluss um einschneidende Veränderungen der Verhältnisse zu verhindern. Die bereits bestehenden Loyalitäten wie z.B. die enge Kooperation der USA mit dem ägyptischen Militär wurden weiter befestigt und zum „Aufbau der Demokratie“ weitgehende Kreditzahlungen gewährt. Anderswo hielt sich die westliche „Liebe zu Demokratie und Freiheit“ jedoch in Grenzen. In Saudi Arabien und Bahrain, beides wichtige Öllieferanten und strategisch bedeutenden militärische Bündnispartner in der Golfregion, war es eher eine „Liebe zur absoluten Monarchie“ mit der die blutige Unterdrückung der Opposition gebilligt wurde. Bahrain ist die Basis der 7. US-Flotte und damit das Zentrum der US-Militäroperationen in der Region. So ist es keineswegs überraschend, dass die USA die Invasion saudischer Truppen zur Unterdrückung der Demokratiebewegung sanktionierte. Die brutale Repression traf in erster Linie Zivilisten die von Militärgerichten für ihr Aufbegehren gegen die Monarchie zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden. Selbst Ärzte die Opfer der Repression behandelt hatten wurden inhaftiert und gefoltert.

Libyen

Der Krieg in Libyen den die USA und europäischen Mächte im März vom Zaum brachen, um angeblich „Zivilisten vor den Gaddafi-Truppen zu schützen“, zielte in erster Linie darauf ab, die libyschen Ölvorkommen unter Kontrolle zu bekommen, die immerhin 10 % der weltweiten Ölreser-

ven ausmachen. Von der „Opposition“ in Benghazi erhofft man sich einen leichteren und besseren Zugriff auf die Ölvorkommen als vom Gaddafi, und versucht nun sie mit allen Mitteln an die Macht zu bringen. Diese sog. „Opposition“ setzt sich überwiegend aus Überläufern des Gaddafi-Regimes zusammen und scheint besonders vom französischen Nachrichtendienst unterstützt zu werden. Die NATO agiert faktisch als Luftwaffe des „Nationalen Übergangsrates“ von Benghazi. Zudem werden Truppen der „Rebellen“ von westlichen Militärexperten ausgebildet und trainiert. Nahezu alle kriegführenden Mächte haben den „Nationalen Übergangsrat“ als legitime Regierung anerkannt. Anfangs eingefrorene libysche Staatsgelder wurden dem „Nationalen Sicherheitsrat“ übergeben. Der Krieg wurde unter dem Vorwand gestartet, eine Flugverbotszone zum Schutz von Zivilisten einrichten zu wollen. Doch dies ist mittlerweile vergessen. Das Hauptziel besteht nun in der Zerschlagung des libyschen Militärs und der Ablösung des Gaddafi-Regimes. Dass mit dem „Schutz von Zivilisten“ nicht weit her ist, zeigt nicht zuletzt die Indifferenz der westlichen Mächte gegenüber den hunderten Zivilpersonen die in Bahrain ermordet wurden, und den tausenden Menschen die bis jetzt vom syrischen Regime abgeschlachtet wurden. All diese Widersprüche unterstreichen einmal mehr die Heuchelei des westlichen Imperialismus, der stets darum bemüht ist, sein Vorgehen mit hohen moralischen Prinzipien zu rechtfertigen. In erster Linie geht es jedoch um die Durchsetzung ökonomischer und strategischer Interessen mit entschiedener und nackter Gewalt, ohne die geringste Rücksichtnahme auf das Wohlergehen oder gar die Rechte der Menschen in der Region. Doch trotz aller Versuche der imperialistischen Mächte die Feuer der Revolten zu ersticken, hat der Arabische Frühling weitere Unruheherde Europa und in den USA entfacht.

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise

Die arabischen Revolten und die Unruhe in Europa haben eine gemeinsame Ursache: Die ökonomische Krise des Kapitalismus. Die Finanzkrise, die im Jahr 2008 ausbrach, war nur das Symptom einer tiefergehenden Krise, die ihre Wurzel im tendenziellen Fall der Profitrate hat. Die begrenzten Verwertungsmöglichkeiten industriellen Kapitals führten zu einer Flucht in die Spekulation. Die Folge dieser Spekulation waren massiv aufgeblasene Vermögenswerte, was dann im wahrsten Sinne des Wortes zum Platzen mehrerer Blasen wie der Dot.Com-Blase oder der Subprime-Blase führten. Die Krise von 2008 hat die Strukturen des Kapitalismus weitaus härter erschüttert, als alles was nach dem Börsencrash von 1929 passierte. Die Verluste der Banken und Finanzinstitutionen waren so groß, dass die Staaten gewaltige neue Schulden aufnehmen mussten, um sie zu stützen.

Für die ArbeiterInnenklasse weltweit, bedeutete das massive Lohnverluste und Entlassungen. Die ArbeiterInnen im Mittleren Osten traf dies besonders schwer. Von 2008 bis 2009 halbierten sich bspw. die Exporte Ägyptens in die EU-Länder. Die internationalen Exporte Marokkos und Tunesiens sackten im Jahr 2009 um 31% ab. Zur Arbeitslosigkeit und den massiven Lohnkürzungen kam dann noch ein gewaltiger Anstieg der Lebensmittelpreise. Diese hatten ihre Ursache in extremen Wetterereignissen aber auch einer erneuerten Spekulation auf die Getreidepreise. Ein weiterer Grund war ein Anstieg des Ölpreises, der immer auch Auswirkungen auf die Preise für Getreide und Nahrungsmittel hat. Gleichzeitig wird immer mehr Getreide dem menschlichen Konsum entzogen und für die Herstellung von Alkohol und Bio-Treibstoffen verbraucht. Unmittelbar nach der Finanzkrise waren die Preise für Nahrungsmittel eine kurze Zeit gefallen, um dann Mitte des Jahres 2010 wieder dramatisch anzusteigen. Der Preis einer Tonne Weizen betrug z.B. im Juni 2010 157 Dollar. Im Januar 2011 waren es bereits 326 Dollar pro Tonne. Ein Preisanstieg um 100%. Besonders im Mittleren Osten ist Weizen ein wichtiges Grundnahrungsmittel. Ägypten ist mit einer Bevölkerung von 83 Millionen einer der größten Getreideimporteure der Welt. Die Getreideimporte belaufen sich auf 8.8 Millionen Tonnen jährlich. Durch die gestiegenen Getreidepreise verteuerten sich die Ausgaben, die eine durchschnittliche ägyptische Familie für Lebensmittel aufwenden muss, um 48%.

In Europa führten die staatlichen Bankenrettungsprogramme nur zu einer kurzen Atempause. Die Staatsschulden sind dabei ins Unermessliche gestiegen und die Tilgung der Zinslast erweist sich als immer größeres Problem. Der Staat kann dies letztendlich nur durch höhere Steuern oder Kürzung der öffentlichen Ausgaben gewährleisten. Faktisch tun die europäischen Regierungen beides. Höhere Steuern werden mit massiven Ausgabenkürzungen, besonders im Sozialbereich wie bei der Arbeitslosenunterstützung, den Wohnkostenzuschüssen, dem Gesundheitswesen oder den Renten kombiniert. All diese Maßnahmen führen zu einem rasanten Sinken des Lebensstandards. Ob nun in Europa, dem Mittleren Osten oder sonst wo – überall soll die ArbeiterInnenklasse für die Kosten der Krise zur Kasse gebeten werden.

Der Arabische Frühling zeichnete sich durch eine Reihe defensiver Kämpfe gegen unerträgliche Lebensbedingungen aus, die sich dann jedoch sehr schnell zu Offensivkämpfen gegen die Strukturen des Staates entwickelten. In Ägypten und Tunesien hat dies zeitweise dazu geführt, dass Teile der Armee und Polizei in sich zusammenbrachen. Seit der nominalen Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft wurden die herrschenden Klassen im Mittleren Osten nicht mehr so erschüt-

tert. Doch obwohl die herrschenden Eliten einen ersten Schock erlitten, ist es der Bourgeoisie gelungen ihre Kräfte umzugruppieren und die Kontrolle zu behalten. Der Grund liegt natürlich darin, dass die Bewegungen keinen Klassenbewegungen waren, dass sie kein klares Ziel oder Programm hatten, und dass es in ihnen jede Menge Illusionen gab. Es wird eine längere und tiefere Periode des Kampfes erfordern, um diese Illusionen aufzubrechen.

Die Illusion in die „Volksbewegungen“

Von Beginn an waren die arabischen Revolten heterogene, klassenübergreifende Bewegungen, die tendenziell vom Kleinbürgertum dominiert wurden. Unter diesen Bedingungen ist es unvermeidlich, dass die Illusionen der Mittelklasse zum Vorschein kommen und den Forderungen der Bewegung ihren Stempel aufdrücken. Ein Beispiel dafür ist die allgemeine Unterstützung des Nationalismus. Die Bewegungen des „Arabischen Frühlings“ verstanden sich vorrangig als die eigentlichen Verteidiger der „Nation“. Optisch kam das durch das massenhafte Schwenken von Nationalfahnen zum Ausdruck. Im Falle Libyens wurde sogar die Fahne der alten Monarchie aus der Mottenkiste geholt. Das ist in gewisser Hinsicht eine Ironie, da viele ArbeiterInnen die sich Libyen an Demonstrationen beteiligten Migranten aus Nordafrika, dem indischen Subkontinent oder sogar China sind, und somit eher den internationalen Charakter der ArbeiterInnenklasse zum Ausdruck brachten. Doch obwohl sich ArbeiterInnen von Anfang an an den Bewegungen beteiligten, taten sie dies meist als Individuen und waren somit nicht in der Lage die Bewegung entscheidend zu beeinflussen. Als sich schließlich tunesische und ägyptische ArbeiterInnen kollektiv für ihre Interessen in Bewegung setzten, konnte der entschiedene Widerstand der Bourgeoisie gebrochen werden. Ben Ali und Mubarak wurden von der Macht vertrieben und einige Forderungen der ArbeiterInnen erfüllt. Dies steht im scharfen Kontrast zu Libyen, wo sich ArbeiterInnen nicht auf einer Klassengrundlage an den Bewegungen beteiligten und die Revolte schnell in einen Bürgerkrieg rivalisierender bürgerlicher Fraktionen umschlug. Auch in Bahrain und Syrien ist die Situation gegenwärtig von einem mangelnden Selbstbewusstsein der ArbeiterInnenklasse in ihre eigne Kraft gekennzeichnet. In Syrien ist es dem Regime gelungen sich durch brutale Blutbäder einerseits und eine Politik des Teils und Herrschens andererseits an der Macht zu halten. In Bahrain scheint die Bewegung in einen sektiererischen Kampf zwischen Sunniten und Schiiten umgeschlagen zu sein. Der Rückzug des tunesischen und besonders des ägyptischen Regimes im Angesicht des Klassenkampfes zeigte einmal mehr, dass nur die ArbeiterInnenklasse die Kraft hatte, die Bourgeoisie zu Zugeständnissen gegenüber

den Forderungen der sog. „Volksbewegungen“ zu zwingen. Gleichwohl zielen die gegenwärtigen Forderungen der Bewegung auf illusionäre Reformen. Zwei dieser Forderungen, der Ruf nach „Demokratie“ und die Forderungen nach „freien Gewerkschaften“ sollte man sich genauer anschauen.

Der Ruf nach Demokratie zog sich durch alle Aufstände des „Arabischen Frühlings“. Gemeint war damit eine „bürgerliche Demokratie“ nach dem Vorbild Europas oder der USA. Das Elend und die Armut der Bevölkerung wurden hierbei als Resultat eines autokratischen Regimes gesehen, welches sich nicht um die Belange des „Volkes“ kümmere. Es ist in gewisser Hinsicht eine Ironie dass die Bewegung in Spanien, die über einen Monat die öffentlichen Plätze in den wichtigsten Städten besetzte, ebenfalls die Forderung nach Demokratie aufstellte, aber damit zu großen Teilen eine Demokratie ohne den bestimmenden Einfluss der kapitalistischen Unternehmen meinte. Dies zeigt einmal mehr die Wichtigkeit demokratischer Illusionen für die Bourgeoisie. Faktisch kann „Demokratie“ niemals vom Einfluss kapitalistischer Großunternehmen frei sein, wie es sich viele Protestierende in Spanien vorstellen. In einer Klassengesellschaft ist politische Macht in erster Linie Ausdruck der ökonomischen Macht der herrschenden Klasse. Kein Mitspielen im System der jeweiligen Repräsentation oder gar Wahlen können daran etwas ändern. Die herrschende Klasse kontrolliert nicht nur die Produktion von Waren des täglichen Bedarfs, sondern auch die Produktion von Ideen und Ideologien. Sie beherrscht das intellektuelle Leben. Ihre Gedanken sind immer die herrschenden Gedanken. Dies gibt ihr die Möglichkeit die Ergebnisse von Wahlen und Referenden in ihrem Sinne zu beeinflussen. Demokratie ohne Gleichheit ist ein Widerspruch in sich und der Kapitalismus basiert nun einmal auf Ungleichheit. Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen ist daher ein einziger Betrug – allerdings ein sehr nützlicher Betrug für die herrschende Klasse. Er vermittelt Menschen die Vorstellung auf „ihre“ Regierungen Einfluss nehmen zu können. Gleichzeitig hält er Menschen davon ab, die Ursache ihrer Probleme im Charakter der Klassengesellschaft zu suchen, die auf der Ausbeutung einer Klasse durch die andere basiert. Nur in einer klassenlosen Gesellschaft, die auf sozialer Gleichheit beruht, wird es wirkliche Demokratie geben können.

Dass sich der „Arabischer Frühling“ die Forderungen nach Demokratie auf die Fahnen schrieb, musste die westliche Bourgeoisie nicht groß beunruhigen. In der Regel hat sie diese Forderung sogar begrüßt, da sie genau weiß, dass sich unter der bürgerlichen Demokratie nichts ändern wird. Den arabischen Massen die „bürgerliche Demokratie“ zuzugestehen würde nichts weiter bedeuten, als dass sie ebenso wie die europäische oder

amerikanische ArbeiterInnenklasse vom System der Lohnarbeit ausgebeutet werden, während ihnen gleichzeitig gesagt wird, dass dies alles auf legalen Weg änderbar sei, wenn man alle vier Jahre für diese oder jene Fraktion der Herrschenden zu Wahl geht.

Eine weitere Forderung war die nach „freien Gewerkschaften“. In Nordafrika und dem Mittleren Osten stehen die Gewerkschaften von jeher unter der Kontrolle des Staates und es gibt nicht einmal den Anschein einer Unabhängigkeit von der herrschenden Klasse. In der Gründung „unabhängiger“ Gewerkschaften scheinen viele ArbeiterInnen eine Möglichkeit zu sehen, ihre Kämpfe zu entwickeln und der Bourgeoisie Zugeständnisse abzugewinnen. Dies ist jedoch eine weitere verhängnisvolle Illusion. Heute sind die Gewerkschaften wichtige Instrumente der herrschenden Klasse um die Klassenkämpfe kontrollieren und eingemeinden zu können. Ihr Lebenselixier besteht darin, auf der Grundlage des kapitalistischen Systems die Geschäftsbedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft auszuhandeln. Dies führt zwangsläufig zur politischen Akzeptanz der Rahmenbedingungen des Kapitalismus, der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Die Gewerkschaften versuchen zum reibungslosen Funktionieren des Systems mit beizutragen. Insbesondere in Europa und den USA kommt den Gewerkschaften, trotz ihrer formellen Unabhängigkeit vom Staat, eine wichtige Rolle zu, wenn es darum geht Lohn- und Rentenkürzungen, Stellen – und Sozialabbau gegen die ArbeiterInnenklasse durchzusetzen. Genau wie die sog. „Demokratie“ sind „unabhängige Gewerkschaften“ für die Bourgeoisie äußerst nützlich um ihre Herrschaft über die ArbeiterInnenklasse zu zementieren. Dies zeigt nicht zuletzt die wichtige Rolle die sog. „unabhängige Gewerkschaften“ während des Kampfes gegen die Apartheid in Südafrika gespielt haben. Sofort nach ihrer Gründung wurden diese Gewerkschaften genutzt um die Klassenkämpfe zu kontrollieren. Heute befinden sich diese Gewerkschaften in einem offiziellen Bündnis mit der Regierung.

Von daher muss sich die Bourgeoisie in den USA und Europa von der Forderung nach „unabhängigen Gewerkschaften“ nicht sonderlich bedroht fühlen. In den letzten drei Jahrzehnten ist die Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse noch internationaler geworden. Gleichzeitig zwingt die Krise die Kapitalisten in jedem Land zu immer schärferen Angriffen. Die ArbeiterInnen in den „entwickelten Ländern“ werden genauso hart angegriffen wie die ArbeiterInnen in den „Entwicklungsländern“. Die ArbeiterInnen in den Entwicklungsländern müssen sich von der Illusion freimachen, dass die politische Kontrolle die durch die Gewerkschaften in den „entwickelten Ländern“ auf die Klassenkämpfe ausgeübt wird, in irgendeiner Hinsicht ein Schritt nach vorne sein könnte. Der einzige Weg aus der Misere besteht im auto-

nomen Klassenkampf zur Überwindung des kapitalistischen Produktionssystems. Dazu ist es notwendig alle Mechanismen der Bourgeoisie zur Kontrolle der Klassenkämpfe zu durchbrechen. Hierzu bedarf es Strukturen die die Teilnahme der Masse der ArbeiterInnenklasse auf basisdemokratischer Grundlage ermöglichen.

Volksgesammlungen oder ArbeiterInnenräte

Die Platzbesetzungen in den Städten und der Versuch die Protestbewegungen durch Strukturen zu organisieren, die auf den Versammlungen gewählt und gebildet wurden, waren ein wichtiger Schritt, um sich aus der Kontrolle der Bourgeoisie zu befreien. Die Strukturen der Gewerkschaften und bürgerlichen Parteien wurden weitestgehend umgangen. Ebenso wurde ein Forum für offene Diskussionen geschaffen. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, dass die Versammlungen trotz der sich entwickelnden Diskussionen und Aktionsformen ihrer Natur nach klassenübergreifende Gebilde blieben, und die Meinungen daher notgedrungen sehr weit auseinander gingen. Wie bereits gesagt, war die ArbeiterInnenklasse bisher zu schwach um die Versammlungen entscheidend zu beeinflussen. Die Versammlungen in Europa zeichneten sich zudem durch hohes Maß an Misstrauen gegenüber allen politischen Parteien aus. Während der Versammlung auf dem Syntagma Platzes in Athen durften bspw. Vertreter politische Parteien nicht in den Diskussionsforen reden. Dies setzt der politischen Entwicklung der Versammlungen offenkundig Grenzen. Gleichwohl besteht die Möglichkeit, dass die allgemeine Mobilisierung der Menschen zu den Platzbesetzungen wie wir sie im Mittleren Osten und Südeuropa gesehen haben, die Herausbildung von ArbeiterInnenräten begünstigen und auch inspirieren könnte. Derartige Räte könnten dann Delegierte zu den Volksgesammlungen schicken, um für die Interessen der ArbeiterInnenklasse zu sprechen. Die Platzbesetzungen in den Städten ist zwar für die herrschende Klasse störend, gleichzeitig jedoch etwas was sie noch tolerieren kann. Bei kollektiven Streikaktionen wie bspw. in Ägypten hört jedoch jeder Spaß auf. Wenn deutlich wird, dass die kollektive Stärke der ArbeiterInnenklasse die einzige Kraft ist, die die Bourgeoisie zu Zugeständnissen zwingen kann, könnten ArbeiterInnendelegierte in den Versammlungen auch eine größere Rolle spielen und dem Ganzen eine antikapitalistische Perspektive geben. Dies würde auch die Stärkung kommunistischer Kräfte begünstigen. Unter diesen Voraussetzungen wäre es dann perspektivisch möglich, die Bourgeoisie offen herauszufordern und die Frage einer Revolution auf der Basis von ArbeiterInnenräten auf die Tagesordnung zu setzen. (C.P.)

Italienische Kommunisten in Stalins Gulag

1936,1937,1938 ... innerhalb dieser Jahre wurden im Zuge der berüchtigten Moskauer Schauprozesse die gesamte „alte bolschewistische Garde“ und jeder Ansatz einer Klassenopposition zerschlagen. Doch der Prozess der Verfolgung und des Ausmerzens jeder Opposition hatte schon wesentlich früher begonnen. Es waren die Jahre die Victor Serge später als die „Mitternacht des Jahrhunderts“ bezeichnete.¹ Die Terrorwelle der Moskauer Prozesse entwickelte sich vor dem Hintergrund des ersten Fünfjahresplans und der sog. „Kollektivierungen“ die in einem einzigen Desaster geendet hatten. Um zu versuchen dem Hungertod zu entgehen waren Millionen Bauern in die Städte geflohen, wo die Nahrungsmittelversorgung jedoch ebenfalls katastrophal war. Sie mussten unter erbärmlichen Bedingungen auf den Straßen dahinvegetieren. In den Betrieben wurde der Arbeitszwang immer mehr gesteigert, während die Löhne kaum zum Leben reichten. Zwei Monatsgehälter reichten nicht aus um eine Mütze zu erwerben, ein unverzichtbares Gut um die harten russischen Winter zu überleben. Die Wohnsituation war katastrophal. Während Parteifunktionäre in gut bewachten Hotels wohnten, mussten sich die Arbeiter winzige Wohnungen mit mehreren Familien teilen. Die soziale Ungleichheit wuchs immer mehr. Die schlechte Nahrungsmittelversorgung und der Unmut der Arbeiterklasse führten im Partei – und Staatsapparat zu wachsender Nervosität. Stalin fürchtete ernsthaft um seine Macht. Am 1. Dezember 1934 wurde der Petrograder Parteifunktionär Kirow unter mysteriösen Umständen ermordet. Dies gab Stalin den Vorwand eine gigantische Säuberungswelle gegen potentielle Rivalen im Partei- und Staatsapparat zu entfesseln. Innerhalb von vier Tagen wurden alleine in Petrograd 40 000 Menschen verhaftet. All jene die 1927/28 für oppositionelle Aktivitäten aus der Partei ausgeschlossen und dann für kurze Zeit wieder aufgenommen worden waren, wurden nun erneut verhaftet. Doch die stalinistische Repression begrenzte sich nun nicht mehr auf die Führungsebenen der russischen Partei. Auch nach Russland geflohene italienische Kommunisten wurden von den Schauprozessen erfasst. Ganz im Sinne der gegensätzlichen aber dennoch konvergierenden Interessen des italienischen Stalinismus und des antikommunistischen Blocks wurde ihr Schicksal lange Zeit entweder verschwiegen oder verzerrt dargestellt. Die russischen Archive sind erst seit 1990 zugänglich. Seitdem wurde die sog. Akademische Welt mit einer ganzen Reihe von Publikationen beglückt. Wir sollten uns jedoch klar sein, dass die „historische Wahrheit“ je nach Gutdünken nur einen Teil des wirklich Geschehenen wiedergibt. Gleichzeitig halten wir es für notwendig an jene Genossen zu

erinnern, die ihre kommunistische Aktivität mit dem Leben bezahlten. Wer heute für die gleiche Sache kämpft, muss versuchen im Nachhinein die gesamte Tragweite des historischen Prozesses zu verstehen, in dem diese Genossen zu Opfern wurden, ohne wahrscheinlich genau erfassen zu können was ihnen geschah.

Bezüglich der Opferzahlen machen die Quellen unterschiedlich Angaben. Es wird geschätzt, dass in den 30er Jahren ca. viertausend italienische Flüchtlinge in der UdSSR lebten. Nach Angaben der „erneuerten“ PCI sollen von diesen ca. einhundert in der „stalinistischen Periode“ unter Repressionen gelitten haben. Jüngste historische Studien gehen jedoch von einer Opferzahl von eintausend aus. Nach den Schätzungen der faschistischen Behörden sollen von 1922 bis 1928 sechshundert politische Flüchtlinge in der UdSSR gelebt haben. Nahezu alle von ihnen gelangten über Frankreich oder die Schweiz in die Sowjetunion. Diese Genossen gerieten in den Mahlstein der Geheimpolizei, faschistischer Banden und schließlich der Sondertribunale. Sie alle waren seit 1921 standhafte revolutionäre Aktivisten gewesen. Zweihundertfünfzig von ihnen wurden in den berüchtigten Gefängnissen Lubjanka oder Butovo erschossen, oder starben in den diversen Gulags an Hunger und Unterernährung. Nur sehr wenige Überlebende haben später von ihren Erlebnissen berichtet. Nach der von La Pietra herausgegebenen „Enzyklopädie des Widerstands und Antifaschismus“ wurden von 1926 bis 1942 42 Menschen von den Sondertribunalen zum Tode verurteilt und 31 Urteile vollstreckt. Nur vier dieser Urteile sollen Italiener betroffen haben, der Rest richtete sich gegen jugoslawische Aktivisten. Einen besonders hohen Blutzoll zahlten die nach Russland geflohenen deutschen Kommunisten. Die meisten von ihnen wurden erschossen, starben im Gulag oder wurden im Zuge des Hitler-Stalin Paktes an die Gestapo ausgeliefert. Bei seiner Ankunft musste jeder Immigrant die sog. „aneteka“, einen besonderen Fragebogen ausfüllen und Angaben über seinen politischen Hintergrund, seine Ideen und Verbindungen machen. Dieser wurde dann in den Archiven der Komintern aufbewahrt und regelmäßig durch Berichte von Spitzeln und Informanten ergänzt und aktualisiert. Italienische Kommunistinnen und Kommunisten wurden als erstes gefragt, ob und welche Verbindungen sie mit Amadeo Bordiga hatten, und was sie über seine Absetzung aus der Parteiführung dächten. In anbetracht der Tatsache, dass die Linke um Bordiga in der italienischen Partei großen Einfluss gehabt hatte, bevor sie schließlich mit bürokratischen Methoden ausgeschlossen wurde, hang jedem italienischen Kommunisten der Verdacht des „Bordigismus“ an. Während der

Befragungen mussten die Angeklagten zuweilen über politische Aktivitäten Rechenschaft ablegen, die mehr als 10 oder 15 Jahre zurücklagen. Das Ziel bestand darin den Befragten zum Einlenken und Kapitulieren zu bringen, um ihm dann einen Unterwerfungsakt unter die Partei abzurufen, die stets als Organisation dargestellt wurde die immer Recht habe. So sollte er zu Diensten als Spitzel und Provokateur gebracht werden, um weitere Kreise zu infiltrieren, Informationen zu liefern um weitere Leute ans Messer zu liefern. Für das Nennen der Namen von „Konterrevolutionären“ wurde oftmals ein Ende der ganzen Tortur in Aussicht gestellt.

Auf den Urteilsbescheinigungen der Verurteilten befand sich dann das Akronym KRTB. Es stand für „Konterrevolutionärer Trotzist/Bordigist“ und bedeutet in der Regel die Höchststrafe: Sofortige Hinrichtung oder Verbannung zu Schwerstarbeit bei den niedrigsten Essensrationen. In der Lagerhierarchie der Gulags standen die politischen Häftlinge auf der untersten Stufe. Tonangebend waren meist Kriminelle, die von den Lagerleitungen bewusst eingesetzt worden um den täglichen Alltag zu organisieren. Im Zuge dieses Terrors starben in Stalins Lagern weitaus mehr Kommunisten als in den faschistischen Lagern.

Virgilio Verdaro

Einer der ersten Italiener die mit der sowjetischen Justiz Bekanntschaft machten war Virgilio Verdaro (1885-1960). Im Ersten Weltkrieg war er wegen defätistischer Propaganda inhaftiert worden. Er stand Bordigas Zeitschrift *Il Soviet* nahe. 1918 war er der Koordinator der Absentionistischen Kommunistischen Fraktion in der Toskana, die dank seiner Aktivitäten eine beträchtliche Anhängerschaft gewinnen konnte.² Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Kommunistischen Partei von Italien (PCd'I) die am 15. Januar 1921 im Theater San Marco in Livorno ins Leben gerufen wurde, und Mitglied des Zentralkomitees. 1924 schickte ihn die Partei in die UdSSR wo er im berüchtigten Hotel Lux unterkam. Als Mitglied der Linken begegnete man ihm mit äußerstem Misstrauen. Zudem stand er der Politik der „Bolschewisierung“ die maßgeblich durch Sinowjew in der Internationale und in der italienischen Partei auf der Konferenz von Como (1924) und dem Kongress von Lyon (1926) durchgedrückt wurde, äußerst kritisch gegenüber. 1927 stellte ihn die Geheimpolizei GPU unter permanente Beobachtung. Da er seine baldige Verhaftung befürchtete floh er 1931 mit Hilfe italienischen GenossInnen aus der UdSSR. Seine Frau und Lebensgefährtin Emilia Mariottini konnte ihn nicht begleiten da sie schwanger war. Als sie sich weigerte ihren Mann zu denunzieren und Spitzeldienste zu leisten, kündigte man ihren Arbeitsplatz und warf sie noch dazu aus ihrer Unterkunft. Später verlor sie ihren Sohn und lebte in bitterer Armut bis sie schließlich

1945 das Land verlassen konnte. Inzwischen war Verdaro nach Belgien übergesiedelt wo er mit GenossInnen der Fraktion der Kommunistischen Linken zusammenarbeitete und unter dem Pseudonym Gatto Mammone für ihre Zeitung „Prometeo“ regelmäßig Artikel verfasste. In seinen Texten unterzog er die Politik des Stalinismus einer harten Kritik. Nach dem Ausbruch des Krieges siedelte er in die Schweiz, wo er jeden Kontakt zu anderen GenossInnen verlor und der Sozialistischen Partei in Ticinese beitrug. Er kehrte schließlich nach Italien zurück und starb in Florenz ohne jedoch zu seinen revolutionären kommunistischen Positionen zurückzukehren.

Die sog. „Gruppe Calligaris“

Luigi Calligaris (1884-1937) war eng mit der Linken verbunden und wurde schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Nach fünf Jahren faschistischer Haft floh er 1933 in die UdSSR. Er übernahm unverzüglich den Vorsitz eines Moskauer Zirkels in dem sich politische Emigranten zu regelmäßigen politischen Diskussionen trafen. Dieser Kreis stand natürlich unter strenger Beobachtung der GPU, die die Gruppe mit zahlreichen Spitzeln infiltrierte. Ebenso gab er Kurse an der Lenin Universität, wurde jedoch schnell von dieser Position wegen seines offenen und hartnäckigen „Bordigismus“ entfernt. Dennoch nahm er weiterhin an den Diskussionstreffen teil und bildete zusammen mit Alfredo Bonciani, Ezio Biondini, Rodolfo Bernitech, Giovanni Bellusich, Arnaldo Silva, Giuseppe Sensi und den Anarchisten Otello Gaggi und Gino Martelli eine Gruppe „der Linken“. Mit den ersten vier gelang es ihm im Dezember 1934 trotz scharfer Zensur einen Brief nach Brüssel an „Prometeo“, das Zentralorgan der Fraktion der Kommunistischen Linken zu schmuggeln. In diesem unterzogen sie die politische Situation in der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei einer scharfen Kritik. Aufgrund stalinistischer Spitzeln in Brüssel wurde er kurz nach Erscheinen des Artikels in „Prometeo“ verhaftet, verhört und schwer gefoltert, um ihm die gewünschten Geständnisse abzurufen. Er wurde zu drei Jahren Gulag verurteilt (die Strafe wurde später sogar noch heraufgesetzt) und starb wahrscheinlich 1937 an Unterernährung.

Ein weiteres Mitglied der Gruppe, Merini, wurde nach zehn Jahren aus dem Gulag entlassen. Aber er war politisch gebrochen. Noch immer unter ständiger Beobachtung der GPU stehend bat er ein Mitglied (G. Pajetta) einer Delegation der PCI die sich gerade zu einem Kongress in Moskau aufhielt um seine Heimkehr nach Italien. Am nächsten Tag wurde er wieder verhaftet und zu weiteren zehn Jahren Gulag verurteilt. Er wurde dort von einem Kriminellen unter nicht geklärten Umständen ermordet. Belusich und Bernitech wurden wahrscheinlich 1937 erschossen. Gaggi und Martelli (die in Italien zu zwanzig und dreißig

Jahren Gefängnis verurteilt worden waren) kamen im Gulag um. Bonciani wurde von zwei italienischen Kriminellen in einem Sanatorium erstochen. Für diese Tat wurden sie zu gerade einmal drei Monaten verurteilt. Es ist unklar ob sie diese Strafe überhaupt antreten mussten. Das stalinistische Gericht behauptete dass er für seine angebliche „Spionagetätigkeit“ umgebracht worden war, die schon in Italien bekannt gewesen sei. Arnaldo Silva war bereits 1923 in Italien in einem Aufsehen erregenden Prozess gegen Kommunisten verurteilt worden. Er wurde schlagartig bekannt als es ihm die Flucht aus dem Gefängnis Regina Coeli glückte. Er hatte sich als Rechtsanwalt auf Gefangenenbesuch ausgegeben und sich später in der Parteipresse in einem offenen Brief über den Gefängnisdirektor lustig gemacht. Er ging 1923 nach Russland und bekleidete den Rang eines Obersten der Roten Armee. Er wurde 1937 oder 1938 erschossen. Diese Gruppe genoss auch die Sympathie und indirekte Unterstützung von Francesco Misiano der als Präsident der Internationalen Arbeiterhilfe sehr bekannt war. Er starb 1936 wenige Wochen vor seiner bevorstehenden Verhaftung durch die GPU. Ein anderer Sympathisant dieser Gruppe, Guido Picelli, hatte als Anführer der „Arditi del Popolo“ eine wichtige Rolle in dem berühmten Kampf von Oltretorrente in Parma gespielt.³ Wie viele andere meldete er sich als Freiwilliger nach Spanien, da dies die einzige Möglichkeit war aus der UdSSR herauszukommen. Sofort nach seiner Ankunft nahm er Verbindung zur POUM auf. Er wurde in einem spanischen Schützengraben durch einen Schlag ins Genick getötet. Von Frühling 1935 an erschien in „Prometeo“ eine Artikelfolge in der das „Verschwinden“ dieser Genossen angeklagt wurde. Unterschrieben waren sie mit dem Pseudonym Gatto Mammone. Dies war eine der ersten öffentlichen Anklagen der Verbrechen des Stalinismus. Die Genossen der Fraktion beschlossen ebenso einen offenen Brief an das Zentralkomitee der KPdSU zu schreiben, auf den sie selbstverständlich keine Antwort erhielten. In der ersten Hälfte des Jahres 1938 veröffentlichte die Fraktion in „Prometeo“ eine Liste mit den Namen von zwanzig „verschwundenen“ GenossInnen und klagten ihr „Verschwinden“, bzw. ihre physische Liquidation an. Emilio Guarnaschelli, eine junger Arbeiter aus Turin, der 1932 in die UdSSR emigriert war, wurde ebenso in diese Affäre hineingezogen. Es gibt keine Beweise dass er Verbindungen zur Linken hatte, dennoch wurde er im Prozess gegen die „Gruppe Calligaris“ zu drei Jahren Sibirien verurteilt. Später wurde diese Strafe verdoppelt und er als „Feind des sowjetischen Volkes und des Sozialismus“ bezeichnet. Er starb in Sibirien. Seine Geschichte ist bemerkenswert, weil die Stalinisten jahrzehntelang behaupteten, dass er ein Spion im Dienste der italienischen Botschaft gewesen sei. Kürzlich gefundene Doku-

mente zeigen, dass dies eine komplette Lüge ist. Der italienische Botschafter bekam sogar die strikte Anweisung jede Anfrage über sein Befinden bei den sowjetischen Behörden zu unterlassen. Auf dieselbe Weise wurde auch mit der großen Mehrheit der inhaftierten Italiener verfahren. Wie viele andere auch stand er vor dem Problem, dass die sowjetischen Behörden seinen Pass einbehalten hatten. Daher versuchte er bei der italienischen Botschaft neue Papiere zu beantragen, um so legal ausreisen zu können. Das genügte um ihn als Spion anzuklagen. Seine Geschichte wurde nur bekannt, weil seine Lebensgefährtin Nella Masutti, die selber einige Zeit interniert war, die Korrespondenz die er mit ihr und seiner Familie geführt hatte, auf Initiative einiger Trotzlisten veröffentlichte. In Italien selbst wurde die offizielle Darstellung seines Falls allerdings erst in den siebziger Jahren mit etwas mehr Skepsis betrachtet. Einige Textstellen seiner letzten Briefe werden von Antikommunisten und jenen die die Verfälschungen der PCI für bare Münze nehmen gerne zitiert. Es sind die Zeilen eines jungen kommunistischen Arbeiters, der trotz aller politischer Naivität feststellt, dass es in der UdSSR nicht eine Spur von Sozialismus gäbe und das Alltagsleben härter sei als in Italien. Aber sie wurden nicht von jemand geschrieben der seinen Glauben in die Möglichkeit des Sozialismus aufgegeben hatte. Es ist bemerkenswert, dass seine eigene Familie so sehr von der stalinistischen Propaganda beeinflusst war, dass sie einfach nicht glauben wollte, was er ihr über seine Erfahrungen und den Alltag in der Sowjetunion schrieb.

Dante Corneli (1900 -1990)

Auch wenn er keine festen Verbindungen zur Linken hatte ist es wichtig sich mit seinem Schicksal zu beschäftigen. Dieser kommunistische Aktivist lebte mehr als jeder andere, insgesamt vierundzwanzig Jahre zwischen Gulag und erzwungenen Exil. Er konnte überleben und widmete einen Großteil seiner Kraft, um über seine Erlebnisse und das Schicksal seiner Genossen Zeugnis abzulegen. 1919 während des landesweiten Solidaritätsstreiks für die Ungarische Räterepublik machte er Bekanntschaft mit Georg Lukacs. Zwanzig Jahre später trafen sich beide in der Sowjetunion im Gefängnis wieder. Nachdem er 1922 während einer militanten Auseinandersetzung in Tivoli einen Faschisten getötet hatte musste er fluchtartig das Land verlassen. Im November desselben Jahres fand er Zuflucht in der UdSSR. Er nahm an den Feierlichkeiten zum 5 Jahrestag der Oktoberrevolution teil, und zeigte sich sichtlich erstaunt darüber, dass jeder einfache Aktivist den bolschewistischen Spitzenfunktionären die Hand schütteln, bzw. auf gleicher Augenhöhe mit ihnen diskutieren konnte. Bei dieser Gelegenheit machte er Bekanntschaft mit Trotzki und Bucharin (dem er bis zu seinem Tode eng

verbunden war.) Als Mitglied der Opposition wurde er 1927 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, zwei Jahre später jedoch wieder aufgenommen. Danach beteiligte er sich immer weniger an den Diskussionen der Emigrantenzirkel, da er den Führerkult und die Atmosphäre des Misstrauens die über diesen lastete verabscheute. 1936 wurde er verhaftet. Seine Erfahrungen mit dem Justizsystem waren kafkaesk. Seine Verurteilung fiel mit dem Tag der Kriegserklärung Italiens zusammen. Zur Beschuldigung „Trotzkist“ zu sein kam nun auch noch die Anklage als faschistischer Spion im Dienste Mussolinis zu stehen. Erst 1970 konnte er mit Hilfe seines Jugendfreundes Umberto Terracini nach Italien zurückkehren. In den darauf folgenden zwanzig Jahren schrieb er viele Texte, um die Geschichte der Kommunisten in der UdSSR zu erzählen. So stellte er z.B. eine alphabetische Liste mit den Namen von dreitausend Opfern und ihren Verfolgern zusammen. Selbst in der Atmosphäre der 70er Jahre fand sich kein Verlag der das publizieren wollte. Somit war er gezwungen seine Arbeiten auf eigene Kosten und unter großen Schwierigkeiten zu publizieren. Nach Aussagen seiner Schwester sollen sogar einige Manuskripte auf mysteriöse Art und Weise aus seiner Wohnung entwendet worden sein. Erst 1978 wurde sein „Tagebuch eines auferstandenen Tiburtino“⁴ von La Pietra, eines der PCI nahe stehenden Verlegers, herausgegeben. Allerdings wurde diese Ausgabe auch stellenweise gekürzt und der damaligen Linie der PCI angepasst. Erst 2000 wurden einige seiner Texte wieder aufgelegt. Dante Corneli starb einsam und in ärmlichen Verhältnissen. Dasselbe Schicksal ereilte auch Antonio Scariolo, der ebenfalls aus der römischen Provinz stammte. Nach vielen Jahren im Gulag konnte er nach Stalins Tod nach Italien zurückkehren. Als er es wagte mit „Genossen“ der PCI über seine Erlebnisse zu sprechen erklärte man ihn erst für verrückt und schloss ihn schließlich aus dem „roten“ Kollektiv aus, indem er als Landarbeiter gearbeitet hatte. Das hatte zu Folge, dass er nicht nur seine Arbeit sondern auch seine Unterkunft verlor. Cornelis Texte sind besonders wegen seiner detaillierten Augenzeugenberichte über den Alltag in Vorkuta interessant. Während die meisten Häftlinge sich ihrem Schicksal ergaben und versuchten die Nahrungsmittelkürzungen, die Gewalt und den täglichen Zwang im Lager zu überleben, dachten andere dass sie nur irrtümlich zu Opfern geworden waren. Sie hatten weiterhin blindes Vertrauen zur Partei und Stalin, dem sie zu hunderten Bittschriften schickten indem sie um die Prüfung ihres Falls ersuchten. Ebenso anschaulich beschreibt Corneli die Standhaftigkeit und den Durchhaltewillen der sog. „trotzkistischen“ Häftlinge, die zuweilen schon seit Jahrzehnten inhaftiert waren und im Lager eine Welt für sich bildeten. Durch langwierige Kämpfe, Arbeitsverweigerung, Hunger-

streiks und passiven Widerstand hatten sie den Lagerleitungen zuweilen das Zugeständnis abgerungen in eigenen Baracken zu wohnen und eigene Arbeitskolonnen zu bilden. So konnten sich die Genossen gegenseitig unterstützen wenn einer die festgelegten Arbeitsnormen nicht schaffte. Dies war notwendig um die notwendige Essensration zu erhalten um das harte Klima in Sibirien zu überleben. Ebenso konnten sie so den Kriminellen weitestgehend aus dem Weg gehen, die in den Lagern den Ton angaben. Einige dieser politischen Gefangenen waren alte Bolschewiki. Sie bewahrten heimlich verbotene Bücher auf, deren Inhalt sie an die jüngeren GenossInnen weitergaben. Ebenso gelang es ihnen eine Verbindungsnetz mit Gefangenen in anderen Lagern aufzubauen und Artikel und Texte in andere Lager zu schmuggeln. 1937 verschlechterten sich jedoch die Lagerbedingungen immens. Corneli berichtet dass in Vorkuta nächtelang Exekutionen von „Trotzkisten“ stattfanden. Die Überlebenden verloren alle erkämpften „Privilegien“ und „verschwand“ im weit gespannten Geflecht der Lager.

Vincenzo Baccala`

Vincenzo Baccala`, ein ehemaliger Sekretär der römischen Gebietsorganisation der PCd'I wurde 1937 verhaftet und erschossen. An sein Schicksal erinnerte seine Frau und Lebensgefährtin Pia Piccioni in ihrem Buch „Stille Gefährtin: Eine Witwe in Stalins Gulag“, welches nach dem Zweiten Weltkrieg erschien und auch in Battaglia Comunista publiziert wurde. Ihr Augenzeugenbericht unterstreicht u.a. auch die Richtigkeit der Position des linken Flügels der italienischen Partei nach dem Mord an Matteotti, der das faschistische Regime tief erschütterte.⁵ Baccala` befand sich zu dieser Zeit in Rom im Gefängnis und wurde unerwartet freigelassen. Während die zentristische Führung der PCd'I die Partei in die selbstmörderische und zu Scheitern verurteilte Taktik eines parlamentarischen Antifaschismus zur Verteidigung der bedrohten Demokratie manövierte, orientierte die Linke auf den direkten Widerstand der Arbeiterklasse gegen die faschistische Gewalt. Sie stützte sich dabei auf die Taktik „fliegender Kundgebungen“ (comici volanti), spontanen Versammlungen und Kundgebungen vor den Fabrikatoren und öffentlichen Plätzen, um so die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse einschätzen zu können. Die Ergebnisse waren teilweise erfolgreich und überaus ermutigend. Es gab den Wunsch und die Bereitschaft der Arbeiter zurückzuschlagen. Daher wäre ein klarer Aufruf an das Proletariat zum Widerstand notwendig gewesen. Dieser blieb jedoch aus. Es gab weder klare Aufrufe und Anweisungen an die Parteiaktivisten noch an das Proletariat als ganzes. So konnte sich der Staatsapparat wieder sammeln und reorganisieren und die Gelegenheit zum Gegenschlag

war vorbei. Wenige Tage später wurde Vincenzo Baccala in seiner Wohnung festgenommen und ins Gefängnis gebracht, wo er seine Strafe absitzen musste. Danach ging er nach Russland.

Edmondo Peluso

Edmondo Peluso (1882-1942) wird von bürgerlichen Quellen zuweilen als John Reed oder Che Guevarra der PCd'I dargestellt. In Neapel geboren besuchte er die Grundschule in Spanien, die Oberschule in Amerika und die Universität in Deutschland und der Schweiz. Auf seinen Reisen nach Südamerika, den Philippinen und Japan arbeitete er als Journalist, Feuerwehrmann und in vielen anderen Berufen. Er war ein Freund von De Leon, kannte Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Karl Radek und traf sogar Laura Marx und Paul Lafargue in Paris. 1915 nahm er an der Zimmerwälder Konferenz teil, wo er mit den Delegierten der Italienischen Sozialistischen Partei eine zentristische Position einnahm. Gleichwohl stand der jedoch Lenin und der bolschewistischen Delegation sehr nahe. Ein Jahr später brach er auf der Konferenz von Kienthal mit der Parteidisziplin und enthielt sich bei einer Abstimmung über eine Resolution mit zentristischer Stoßrichtung. Er wurde nun mehr und mehr von den Thesen der Linken (den Bolschewiki und der Hamburger und Bremer Gruppe der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“) überzeugt. Später bedauerte er, dass er sie nicht schon früher unterstützt hatte. 1918/19 nahm er am Spartakusaufstand in Berlin teil. 1920 wurde er Mitglied der Absentionistischen Kommunistischen Fraktion der PSI und nahm 1922 als Delegierter am Vierten Kongress der Kommunistischen Internationale teil. Er beteiligte sich an der Herausgabe von Broschüren der Internationale. Lenin hatte ihn expliziert darum gebeten und ihn ein Jahr zuvor als „einen der brilliantesten Autoren der italienischen Partei“ bezeichnet, der „in all den Sprachen die er beherrscht viermal mehr schreiben sollte als jetzt gerade tut.“

1927 nahm er sogar am Aufstand in Kanton teil, der blutig niedergeschlagen wurde. Nur mit großem Glück konnte er die Repression überleben. In Italien wurde er mehrmals wegen Wehrdienstverweigerung und defätistische Propaganda eingesperrt und von 1921 an öfter von Faschisten angegriffen. 1926 emigrierte er schließlich in die UdSSR. Er trat zwar der Kommunistischen Partei bei, hielt sich aber ansonsten sehr zurück und geriet so zunächst nicht in das Visier der Spitzel. Er scheint sich auch nicht sonderlich an den Treffen der Emigrantenzirkel beteiligt zu haben. 1938 wurde er jedoch verhaftet, verhört und gefoltert, um ihm die gewünschten Geständnisse abzupressen. Er gestand jedoch nicht. Wahrscheinlich wurde er auch deshalb nicht in den nächsten vier Jahren erschossen. (In der Regel wurden die zum Tode Verurteilten wenige Wochen nach der Ur-

teilsverkündung erschossen.) Dennoch ist seine Haltung bemerkenswert wenn man bedenkt dass von Bucharin bis Sinowjew nahezu jeder unter der Folter alles Mögliche „gestanden“ hatte. Aus dem Gulag konnte er dennoch nicht entkommen. Es gab keinen Ort zu dem man hätte flüchten können. So erstreckte sich bspw. Der Gulag von Karaganda in Zentralasien auf ein Gebiet, welches so groß war wie die heutigen Niederlande. Die unwirtliche Republik Komi in Sibirien, die faktisch ein einziger Gulag war, erstreckt sich auf eine Fläche die um 30% größer ist als Italien. In Gulags wie Karaganda oder Vorkuta waren jeweils zeitweilig dreihunderttausend Gefangene interniert.

Dieses System des Terrors lässt sich mit idealistischen Kategorien (wie z.B. die naturgegebene Bösartigkeit des Menschen usw.) weder analysieren noch verstehen. Das Gulagsystem war Teil eines Prozesses der ursprünglichen Akkumulation indem ein rückschrittliches Land wie Russland unter dem Druck der internationalen Konkurrenz und der Krise von 1929 versuchte innerhalb weniger Jahre das zu vollbringen, wofür andere Länder Jahrzehnte und sogar Jahrhunderte gebraucht hatten. Die Zwangsarbeit in den Lagern zielte auf die Metallgewinnung für die Schwerindustrie, das Roden von Wäldern, die Urbarmachung von Land in weitestgehend unbewohnbaren Gegenden und die Schaffung einer Straßeninfrastruktur. Menschenleben spielten dabei keine Rolle. All dies ging mir der physischen Liquidation einer ganzen Generation von Kommunisten einher. Die stalinistische Verfolgung beschränkte sich dabei jedoch nicht nur auf Russland. Selbst in Spanien setzte der stalinistische Apparat alle Hebel in Bewegung, um linke Kritiker und Oppositionelle zu ermorden und die revolutionären Bestrebungen des Proletariats im Keim zu ersticken. An den Konsequenzen leiden wir noch heute. (DS)

(Der Text erschien erstmals im Juni 2007 in Prometeo Nr. 15, dem Journal unserer italienischen Schwesterorganisation PCInt – Battaglia Comunista. Er wurde von uns stellenweise gekürzt und redaktionell überarbeitet)

1. Zu den Ursachen und dem Verlauf der stalinistischen Konterrevolution siehe auch unsere Texte „1921 – Beginn der Konterrevolution“ sowie „Stalinismus ist Antikommunismus“. Und zur Entwicklung der linkskommunistischen Opposition in Russland den Text „Die Bolschewistische Linke und die Arbeitermacht“.

2. Die „Absentionistische Kommunistische Fraktion“ war eine linke Oppositionsströmung in der Italienischen Sozialistischen Partei. Sie gab die Zeitschrift „Il Sovjet“ heraus und verteidigte internationalistische Positionen. Siehe auch die „Thesen zum Parlamentarismus“ in SoB Nr. 13/14.

3. Oltretorrente war ein Arbeiterbezirk in Parma. Im Sommer 1922 war es das Zentrum eines Generalstreiks gegen die Machtübernahme der Faschisten um Italo

Blabo, einen bekannten Gefolgsmann Mussolinis. Am 2. August sahen sich 3000 bewaffnete Faschisten einem Wall von Arbeiterbarrikaden geführt. Nach viertägigem Kampf mussten sie sich zurückziehen. Sie waren durch den bewaffneten Widerstand von 500 kommunistischen Aktivisten der SAC (Squadre d'Azione Comunista – der von den Linken um Bordiga und Fortichiari) geführten Verteidigungsorganisation der PCd'I) und den „Arditi del Popolo“ (eines bewaffneten Zusammenschlusses von Anarchisten, Republikanern und Sozialisten, die meisten ehemalige Kriegsteilnehmer) besiegt worden. Parma konnte später nur durch den Einsatz der regulären Armee und der Carabinieri eingenommen werden.

4. Tiburtino“ bedeutet umgangssprachlich jemand aus Tivoli, einer Stadt in der römischen Provinz

5. Giacomo Matteotti war Mitglied und Abgeordneter der PSU (Partito Socialista Unitario), die zwischen PCd'I und PSI stand. Seine Ermordung durch eine faschistische Bande führte zu Arbeiterunruhen und einer Krise des Mussoliniregimes. Gramsci und die Führung der PCd'I reagierten darauf mit der Politik des Aventin. Dies war nichts weiter als ein Boykott des Parlaments durch die nichtfaschistischen Abgeordneten verschiedener Couleur. Die Gelegenheit die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zu nutzen und durch Aufrufe zu Streiks und direkten Widerstand in die Offensive zu gehen wurde dadurch verspielt.

Das erste Jahr der Sowjetmacht

(Buchbesprechung: Alexander Rabinowitch: Die Sowjetmacht. Das erste Jahr)

Wir haben lange warten müssen bis nun endlich und unverhofft Alexander Rabinowitchs Buch „The Bolsheviks in Power“ auf Deutsch erschienen ist.¹ Seine bisherigen Arbeiten waren für uns ein wichtiger Bezugspunkt bei unseren Diskussionen und Untersuchungen über den Verlauf der Russischen Revolution. Rabinowitch nimmt in der historischen Forschungslandschaft eine Sonderrolle ein, wie er auch in seiner Einleitung hervorhebt: „*The Bolsheviks come to Power*“ und *“Prelude to Revolution*“ widersprachen gängigen Vorstellungen von der Oktoberrevolution, sah man doch im Westen die, Oktoberrevolution gemeinhin als eine Art Militärputsch, den eine kleine ergebene Bande revolutionärer Fanatiker unter der genialen Führung Lenins angezettelt hatte. Demgegenüber ergaben meine Nachforschungen, dass die bolschewistische Partei in Petrograd 1917 zu einer Massenpartei herangewachsen war und keineswegs eine monolithische Bewegung darstellte, die sich im Gleichschritt hinter Lenin eingereiht hätte. Ihre Führung bestand vielmehr aus einem linken, einem zentristischen und einem gemäßigten Flügel, die alle dazu beitrugen, eine revolutionäre Strategie und Taktik zu entwickeln. Weiter zeigte sich, dass der Erfolg, der der Partei nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 im Kampf um die Macht beschieden war, folgenden ausschlaggebenden Faktoren zuzuschreiben war: der organisatorischen Flexibilität der Partei, ihrer Offenheit und Aufgeschlossenheit für die Anliegen der Bevölkerung sowie ihren engen und sorgsam gepflegten Verbindungen zu Fabrikarbeitern, Soldaten der Petrograder Garnison und den Matrosen der Baltischen Flotte. Ich kam zu dem Ergebnis, dass die Oktoberrevolution in Petrograd weniger eine militärische Operation war, sondern eher ein allmählicher Prozess auf dem Boden einer in der Bevölkerung tief verwurzelten politischen Kultur sowie einer weit verbreiteten Unzu-

friedenheit mit den Ergebnissen der Februarrevolution, kombiniert mit der unwiderstehlichen Anziehungskraft der Versprechen der Bolschewiki – sofortiger Friede, Brot, Land für die Bauern und Basisdemokratie durch die Mehrparteiensowjets.“

² Diese Feststellung führt ihn dann zu der Frage, wie es zu erklären sei, „dass sich diese Partei so schnell in eine der am stärksten zentralisierten und autoritärsten politischen Organisation der Neuzeit verwandelte?“ Eine Frage, die sich für Revolutionäre umso dringlicher stellt, auch wenn wir uns klar darüber sind, wie Recht Rosa Luxemburg hatte, als sie erklärte, dass die Frage des Sozialismus in Russland nur gestellt jedoch in Russland alleine nicht beantwortet werden konnte. Mit dem Scheitern der internationalen Revolution zerschlugen sich auch alle Hoffnungen des Oktober 1917. Aber diese Niederlage vollzog sich nicht in der Weise, wie es von den Bolschewiki befürchtet, und von Leo Trotzki auf der zweiten Sitzung des Sowjetkongresses formuliert wurde: *“Doch wir setzen alle unsere Hoffnungen darauf, dass unsere Revolution die europäische Revolution entfesselt. Wenn die aufständischen Völker Europas den Imperialismus nicht erwürgen, dann werden wir erwürgt werden.“*³ Diese Gefahr wird faktisch immer bestehen, unabhängig davon wann und wo auch immer eine proletarische Revolution ausbrechen wird. Sie wird irgendwo beginnen müssen, aber ohne die Solidarität der internationalen ArbeiterInnenklasse keine Aussicht auf Erfolg haben. Trotzki konnte jedoch damals nicht ahnen, dass die Bolschewiki auf dem russischen Territorium einen militärischen Sieg gegen den Imperialismus erringen, aber auf dieser Grundlage die Basis, auf der sie die Macht errungen hatten, zerstören würden. Rabinowitchs Buch ist daher besonders nützlich, um einige grundlegende Probleme einer proletarischen Erhebung und der Übergangsphase zu einer gänz-

lich anderen Produktionsweise, dem Sozialismus, zu beleuchten. Die Bolschewiki konnten zwar im Dezember 1920 den letzten vom Imperialismus unterstützten militärischen Gegner aus der Krim vertreiben, aufgrund des Scheiterns der internationalen Revolution, der vollständigen Isolation und den ökonomischen Verwüstungen in Russland, hatten sie jedoch nicht die geringste Chance den Sozialismus aufzubauen. Gleichwohl leidet Rabinowitchs Arbeit an zwei grundlegenden Schwächen. Er ist in erster Linie ein sehr politischer Historiker, was ihn dazu führt, dem Agieren von Personen zu große Aufmerksamkeit zu widmen, allerdings die konkreten Rahmenbedingungen und Umstände ihres Handelns in den Hintergrund treten und in Teilen seiner Darstellung sogar verschwinden zu lassen. Das ist eine große Schwäche, die ihn in seiner Bewertung zuweilen dazu führt der Russischen Revolution mehr Entwicklungsmöglichkeiten zuzubilligen als tatsächlich gegeben waren. „Menschen machen Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken“ (Karl Marx). Geschichte zu machen, bedeutet auch sie zu schreiben, bzw. zu bewerten. Geschichte ist keine einfache Abfolge von Ereignissen, die nur chronologisch geordnet werden müssten. Jene, die Geschichte schreiben, tun dies in der Regel im Zeitgeist ihrer Epoche. Als MarxistInnen betrachten wir historische Probleme immer aus einer Klassenperspektive, auch wenn es zuweilen viele Faktoren gibt, die diese verdunkeln. Bürgerliche Historiker hingegen geben immer vor, nicht von einem Klassenstandpunkt sondern mit größter Objektivität vorzugehen. Rabinowitch trägt dem Rechnung und unterstreicht den Trend der bürgerlichen Geschichtsschreibung die historische Fakten zu verzerren. Er legt dar, wie die historische Schule der „Revisionisten“ zu der er gehört, in den 70er Jahren die Deutung der Oktoberrevolution durch die „Kalten Krieger“ der stalinistischen UdSSR wie auch der USA entzauberte. In gewisser Weise ergänzten sich diese beiden Seiten sogar. Während die Kalten Krieger in den USA darauf bestanden, dass die Oktoberrevolution lediglich ein Putsch gewesen sei, der den Weg in die Diktatur eröffnet habe, führten die Stalinisten sie auf einen genialen Plan Lenins zurück, der von einer hoch disziplinierten Partei (deren wirklicher Erbe Stalin war) durchgeführt worden sei. Derartige Verzerrungen hatten ein enormes ideologisches Gewicht, und haben es in gewisser Weise noch heute. In den 70er Jahren kamen die sog. „Revisionisten“ durch intensive Studien zu der Schlussfolgerung, dass die Russische Revolution Ausdruck einer Massenerhebung war, an der sich Tausende wenn nicht sogar Millionen Unterdrückte beteiligten, und sich letztendlich der Bolschewistischen Partei zuwandten. Die Bolschewistische Partei hatte in Wirklichkeit wenig mit der stalinistischen Darstellung einer monolithischen Organisation zu tun. Sie war ein

Schmelztiegel verschiedener Ideen, die sich letztendlich um die Frage kreisten, wie die ArbeiterInnenklasse zu einer politischen Einheit werden und den Sozialismus erkämpfen könnte. Es ist nicht überraschend, dass die revisionistischen Forschungen nach dem Mai 1968 einsetzte als der Nachkriegsboom an sein Ende kam, und sich in vielen Ländern Streikkämpfe und Bewegungen entwickelten, die gleichermaßen den US-amerikanischen wie den stalinistischen Imperialismus herausforderten. Heute hat sich allerdings der Zeitgeist wieder geändert. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde die alte Behauptung, dass es sich bei der Russischen Revolution lediglich um einen Staatsstreich gehandelt habe, wieder verstärkt in Umlauf gesetzt. Ebenso verhielt es sich mit der alten Lüge, dass der Stalinismus nur die logische Konsequenz des Leninismus gewesen sei. Auch Rabinowitch ist nicht vollständig gegen diesen Zeitgeist gefeit. Dies wird u.a. an seiner teleologischen Annahme deutlich, dass sich die Russische Revolution zu einer Demokratie nach westlichem Muster hätte entwickeln können, wenn es einer der oppositionellen Fraktionen in der Bolschewistischen Partei gelungen wäre, Lenin auszuspielen. Dies bedeutet letztendlich die Geschichte auf den Kopf zu stellen. Die Tatsache, dass sich Lenins Positionen oft durchsetzten, war weniger dem Umstand geschuldet, dass er geschickter manövrierte, sondern dass den Sichtweisen und Handlungsoptionen seiner Gegenspieler angesichts der konkreten Umstände der Jahre 1917 oftmals der Boden entzogen wurde.

Der Kampf um die Sowjetmacht

Besonders wird dies im ersten Kapitel des Buches mit dem Titel „Die Niederlage der Gemäßigten“ deutlich. Rabinowitch zeichnet hier die Positionen der „gemäßigten“ Bolschewiki wie (Kamenew, Rjasanow, Nogin etc.) nach, die nach dem Oktober 1917 eine Verständigung mit den Menschewiki und Rechten Sozialrevolutionären (Rechte SR) anstrebten, also jenen Kräften, die die Sowjets dominiert hatten, bis die Wahlen vom September den Bolschewiki und ihren Verbündeten eine Mehrheit brachten. Schon die Wortwahl „Gemäßigte“ spiegelt eine etwas verzerrte Sichtweise des Autors wieder. „Versöhnler“ oder „Klassenkollaborateure“ wäre eine weitaus treffendere Bezeichnung für diese Gruppierungen. Das Problem mit den sog. „Gemäßigten“ bestand darin, dass sowohl die Menschewiki wie die Rechten SR mehr als einmal deutlich gemacht hatten, dass sie die Sowjets so schnell wie möglich zugunsten eines parlamentarischen Systems loswerden wollten. Dies war auch einer der Gründe, warum sie innerhalb der ArbeiterInnenklasse an Unterstützung verloren und schließlich aus den Exekutivorganen der Sowjets abgewählt wurden. In den

Verhandlungen mit Kamenew traten sie in den Bolschewiki gegenüber äußerst arrogant auf und machten mehr als einmal deutlich, auf welcher Seite der Barrikade sie standen. Sie stellten nicht nur unannehmbare Bedingungen (keine Regierungsämter für Lenin und Trotzki, keine Garantie für die Sowjetmacht usw.) sondern arbeiteten aktiv mit bürgerlichen Kräften und ehemaligen zaristischen Beamten im sog. „Allrussischen Komitee zur Rettung des Vaterlandes“ zusammen. Dieses Bündnis organisierte nicht nur Streiks von Beamten und Bankangestellten gegen die Sowjetregierung sondern plante auch einen Militärstreik. Rabinowitch verschweigt dies keineswegs, suggeriert dann allerdings, dass Kamenew durch Lenin und Trotzki kaltgestellt wurde. Kamenews Verhandlungsbemühungen waren jedoch vorrangig daran gescheitert, dass sich seine Verhandlungspartner alles andere als „moderat“ oder „gemäßigt“ zeigten. Es waren in erster Linie die konkreten Lebensbedingungen der russischen ArbeiterInnenklasse, die zu einem bolschewistisch dominierten Sowjetregime führten. Rabinowitch hingegen behauptet, dass die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse eine Koalition aller Sowjetparteien bevorzugte. Hierbei berücksichtigt er allerdings zu wenig, dass es in der ArbeiterInnenklasse ein breite Ablehnung der „oborontsy“, („Vaterlandsverteidiger“) gab, wie die Menschewiki und Rechten SR allgemein genannt wurden. Der Umstand, dass es zu keiner Mehrparteienregierung kam, war in erster Linie der Weigerung der rechten „Sozialisten“ geschuldet, die Sowjets vollständig anzuerkennen. Rabinowitch ist ein sehr gewissenhafter Historiker und scheut nicht davor zurück diesbezüglich Nachweise zu liefern. So verweist er u.a. auf eine „unversöhnlich gehaltene Resolution“, die das menschewistische Zentralkomitee am 28. Oktober (10. November nach dem neuen Kalender) verabschiedete: „*Die Resolution untersagte jegliche Verhandlungen mit den Bolschewiki vor der endgültigen Niederschlagung ihres „Abenteuers“. Darüber hinaus forderte sie das Rettungskomitee auf, mit der Provisorischen Regierung, dem Vorparlament und den Arbeiterorganisationen Gespräche über eine neue Regierung aufzunehmen. Die Zentristen und rechten Menschewiki waren so überzeugt davon, dass die Entwicklung ihnen in die Hände arbeitete, dass sie in ihrer Resolution das Rettungskomitee auforderte, dem MRK (Militärisches Revolutionskomitee – eine von den Bolschewiki dominierte Struktur) die sofortige Kapitulation anzutragen. Im Gegensatz sollte die persönliche Unversehrtheit seiner Führer garantiert und die Entscheidung darüber, ob sie vor Gericht gestellt werden sollten, der Konstituierenden Versammlung überlassen werden.*“⁴ Diese Resolution kam wohlgermerkt von Leuten, die während der Junitage 1917 die Unterdrückung der Presse der Bolschewiki und die Ermordung bolschewistischer ArbeiterInnen

organisiert hatten. Die Menschewiki und Rechten SR waren geradezu versessen darauf die Bolschewiki zu vernichten. Ihre Teilnahme an den Verhandlungen diente in erster Linie dem Ziel, Keile in die bolschewistische Partei zu treiben und ihre Einheit zu unterminieren. Rabinowitch liefert hierfür viele Nachweise, ohne allerdings die nahe liegende Schlussfolgerung zu ziehen, dass es nicht den geringsten Grund gab, mit diesen Kräften irgendwelche Kompromisse einzugehen. In Deutschland hatte sich die Mehrheitssozialdemokratie mit den kaiserlichen Generälen darauf verständigt die herrschende Ordnung zu verteidigen und die Spartakisten zu zerschlagen. Die Spartakisten hatten einen verfrühten Aufstandsversuch unternommen um die im November 1918 entstandenen Räte vor der Liquidation durch die Sozialdemokratie zu verteidigen. Die deutschen ArbeiterInnen waren noch nicht vorbereitet und bereit die Spartakisten in dem Maße zu unterstützen, wie es die russischen ArbeiterInnen im Falle der Bolschewiki getan hatten und der Aufstand wurde von den militärischen Verbänden der Freikorps die unter dem gemeinsamen Kommando von Sozialdemokratie und Heer standen zerschlagen. Die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts sowie hunderter ihrer Genossen war exakt das Schicksal, was die Menschewiki und rechten SR für die Bolschewiki vorgesehen hatten.

Die Konstituierende Versammlung

Menschewiki und die Rechten SR waren nur dem Namen nach „sozialistisch“ und keine wirklichen Verhandlungspartner. Nachdem sie gescheitert waren eine „Koalition der Sowjetparteien“ zu schmieden, gerieten die „moderaten“ Bolschewiki gegenüber Lenin ins Hintertreffen. Allerdings hatten sie aber noch einigen Einfluss, was auch an den parteiinternen Debatten der Bolschewiki über die Novemberwahlen zur Konstituierenden Versammlung deutlich wird. Lenin argumentierte für eine Verschiebung. Die „moderaten“ Bolschewiki und der Parteiorganisator Swerdlow hielten dagegen, dass die Bolschewiki früher Wahlen versprochen hatten, und eine Verschiebung als Verrat und Vertrauensbruch aufgefasst würde. Die Wahlen fanden schließlich wie geplant statt. Das Problem bestand darin, dass sie so kurz nach dem Oktoberumsturz stattfanden und in vielen Landesteilen Russlands die ganze Tragweite der neuen Situation noch nicht ersichtlich war. Somit hatten sie bezüglich der Revolution wenig Aussagekraft. Weitaus bedeutender war der Umstand, dass sich die Sozialrevolutionäre kurz vor diesen Wahlen gespalten hatten. Die linken Sozialrevolutionäre (Linke SR) hatten die Sowjetmacht und die Oktoberrevolution unterstützt. Die Linken SR vereinigte die Mehrheit der bäuerlichen Stimmen auf sich. Gleichwohl wurde ihnen vom rechten

Flügel der die Kontrolle über den Parteiapparat hatte, nur 1 von 6 Sitzen zugesprochen. Dies war einer von zwei Gründen, die die Linken SR in einer (von Isaak Steinberg verlesenen) Erklärung während der Konstituierenden Versammlung aufführten, um ihren gemeinsamen Auszug mit den Bolschewiki zu begründen. Der zweite Grund war die Weigerung der Menschewiki und Rechten SR, die Sowjetmacht zu unterstützen. *„Wir gehen, damit wir unsere ganze Kraft in diesem entscheidenden Moment der großen russischen Revolution auf die Arbeit in den Sowjetinstitutionen verwenden können ... für die Sache der arbeitenden Klassen ... und für ihren Sieg“*, erklärte der Linke Sozialrevolutionär Karelin zum Auszug seiner Fraktion.⁵ Bezüglich der internen Debatten der Bolschewiki über die Frage der Konstituierenden Versammlung liefert Rabinowitch keine neuen Erkenntnisse, da das Quellenmaterial nach wie vor rar ist. Er bezieht sich lediglich auf Raskolinikovs⁶ Erinnerungen nach der Lenin dem Rat der Volkskommissare (Sownarkom) vorgeschlagen haben soll die Konstituante nicht mit Gewalt aufzulösen. Man wollte sie so lange tagen lassen wie gewünscht und schließlich nach Hause gehen lassen. Am Ende des Kapitels, zwingt seine Ehrlichkeit als Historiker Rabinowitch trotz aller Ausschweifungen über die Möglichkeit einer Demokratie nach westlichem Vorbild in Russland zu der Feststellung, dass das „russische Volk (...) dem Schicksal der Konstituierenden Versammlung zutiefst gleichgültig gegenüber“ stand.

Die Agonie von Brest-Litowsk und die Folgen

Die Debatten des revolutionären Lagers über die Unterzeichnung des Friedensvertrags von Brest Litowsk werden von Rabinowitch besser nachgezeichnet. Seine Darstellung spiegelt die materiellen Umstände (besonders der weit verbreiteten Kriegsmüdigkeit der russischen Arbeiter und Soldaten) plastisch wieder. Aber auch hier suggeriert er, dass Lenin in der Frage der Möglichkeit einer internationalen Revolution angeblich eine Wende um 180 Grad vollzogen habe. Lenin richtete seine revolutionäre Strategie (das Erreichen der Weltrevolution) jedoch immer nach den konkreten Begebenheiten aus. Er lag mit seinen Annahmen nicht immer richtig, aber seine Methode war in sich konsistent. Die Machteroberung der Bolschewiki war ein Resultat der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung. Die erste Amtshandlung des Allrussischen Sowjetkongresses bestand in der Verabschiedung von Lenins „Dekret über den Frieden“ vom 8. November 1917. Lenin war davon ausgegangen, dass die Kriegsmüdigkeit in den europäischen Ländern zu einer raschen Ausweitung der Revolution führen würde. Nach zwei Monaten stellte sich heraus, dass diese Bedingungen noch nicht gegeben waren. Lenin zog daraus die

Schlussfolgerung, dass die Revolution auf Zeit spielen müsse. Seine Methode bestand immer darin die unmittelbare Politik an den konkreten Begebenheiten auszurichten. Rabinowitch führt aus, wie die Verhandlungen von Brest Litowsk von Trotzki in die Länge gezogen wurden, bis die Deutschen schließlich genug hatten und der russischen Delegation ein Ultimatum stellten. Lenin hatte in der Zwischenzeit bei Kirilenko und anderen Befehlshabern Erkundigungen über den Zustand und die Moral der Truppen eingeholt, und war zu dem Schluss gekommen, dass ein militärischer Widerstand aussichtslos war. Er kam in den Diskussionen der Sowjetorgane immer wieder auf diese Faktenlage zurück, konnte sich aber von Januar bis Februar 1918 mit seiner Forderung nach einem sofortigen Frieden nicht durchsetzen. Deshalb einigte er sich mit Trotzki, dessen Vorschlag „Weder Krieg noch Frieden“ zu unterstützen. Dies war ein Kompromiss, der die Revolutionäre sowohl in der Bolschewistischen Partei als der Linken SR wieder zusammenschweißte. Bei all seiner Antipathie gegen Lenin gelingt es Rabinowitch in diesem Teil seiner Darstellung vortrefflich die äußerst komplexe Lage der Revolution zu beschreiben. Er arbeitet auch heraus, wie überstürzt Trotzki handelte als er die Deutschen mit seiner Losung „Weder Krieg noch Frieden“ konfrontierte. Die Verblüffung der deutschen Delegation bereitete Trotzki großes Vergnügen. Ohne eine Antwort abzuwarten, telegraphierte er an Kirilenko die Demobilisierung der Armee einzuleiten. Dies war ein Akt des revolutionären Romantizismus. Am darauf folgenden Tag schickte Lenin ein Gegentelegramm an Kirilenko, um ihn aufzufordern die Demobilisierungsbefehle zurückzuziehen. Aber es war bereits zu spät. Viele Soldaten befanden sich bereits auf dem Weg in ihre Dörfer. Alle Hoffnungen den vorrückenden deutschen Truppen selbst schwachen Widerstand entgegenzusetzen hatten sich zerschlagen. Bei seinem Vorrücken konnte der deutsche General Hoffmann ganze Garnisonen einnehmen ohne in nennenswerter Weise auf russische Soldaten zu treffen. Der Friedensvertrag, der dann unterschrieben werden musste, enthielt weitaus härtere Bedingungen als der, den die Deutschen ursprünglich vorgeschlagen hatten. Lenin blieb davon weitestgehend ungerührt. Er hielt es nicht einmal für nötig den durch Gewalt aufgezwungenen Vertrag ausgiebig zu lesen oder sich mit Experten darüber zu beraten, da er davon ausging, dass die Weltrevolution ihn innerhalb von sechs Monaten obsolet machen würde. Tatsächlich brach genau sechs Monate später die deutsche Revolution aus. Gleichwohl stellte die Debatte um Brest Litowsk eine schwere Belastungsprobe für die Bolschewistische Partei dar. Lenin sah sich in der Partei heftigen politischen Angriffen ausgesetzt. Viele „Linke KommunistInnen“ traten aus Protest über den Vertragsabschluss von ihren Funktionen zu-

rück, einige von ihnen sogar aus der Partei aus. Die meisten von ihnen mussten sich jedoch später eingestehen, dass es im März 1918 kaum andere Möglichkeiten gegeben hatte. Sie kehrten schließlich wieder in die Partei zurück, um weiter für die Revolution zu arbeiten. Die Führer der Linken Sozialrevolutionäre hingegen entwickelten eine große Feindschaft gegenüber den Bolschewiki, auch wenn viele von ihnen ihre Ämter und Funktionen in den Sowjetinstitutionen behielten. Es trat nun ein, was Rabinowitch als den „Selbstmord der Linken Sozialrevolutionäre“ bezeichnet. Die Linken SR blieben zwar Internationalisten, fielen aber nun in die Praxis ihrer populistischen Vergangenheit zurück, den individuellen Terror. Die Linken SR hofften den Friedensvertrag von Brest Litwoks auf dem Fünften Sowjetkongress im Juli 1918 rückgängig zu machen, aber nach Rabinowitch (seine Beweisführung ist sehr indizienhaft) sicherten sich die Bolschewiki durch eine Reihe von Verfahrenstricks eine Mehrheit. Als ihre Versuche gescheitert waren den Delegierten-schlüssel zu ändern, beschloss die Führung der Linken SR ein Zeichen zu setzen. Ohne jede Diskussion und Rückkopplung mit der Parteibasis verständigte sie sich darauf den deutschen Botschafter Graf Mirbach zu ermorden. Mirbach wurde schließlich von zwei Linken SR (die der Tschecha angehörten) erschossen, was von den Bolschewiki als Versuch eines Staatsstreiches interpretiert wurde. Die Bolschewiki gingen nun mit äußerster Härte gegen die Partei der Linken SR vor, die sowohl von der Repression als auch von der Verzweiflungstat ihrer Führung vollkommen überrascht wurde. Für Rabinowitch hatte insbesondere diese überstürzte Aktion der Linken SR zur Folge, dass die Revolution einen weiteren Schritt in Richtung eines Einparteienstaates vollzog. Er legt sehr überzeugend dar, dass dies weniger einem vorgefertigten Plan der Bolschewiki entsprang, sondern eher der Verzweiflung anderer politischer Kräfte der Sowjetmacht geschuldet war. Ein weiteres Problem bestand nach Rabinowitch in Lenins mangelnder Kompromissbereitschaft und seiner Indifferenz gegenüber der Sowjetdemokratie. Dieses Argument ist jedoch nur schlüssig, wenn man die äußerst komplizierten Rahmenbedingungen von wirtschaftlichem Zerfall, beginnendem Bürgerkrieg und fortgesetztem militärischen Ausnahmezustand vollkommen außer Acht lässt. Rabinowitch tendiert dazu gerade diese Faktoren herunterzuspielen oder als Folge der Bolschewistischen Politik dazustellen. Dies sollte

man vor Augen haben, wenn man sein Buch liest, und lesen sollte man es unbedingt. Es ist nicht nur eine fesselnde Darstellung einer sich abzeichnenden Tragödie (auch wenn seine Definition des Tragischen sich von unserer unterscheidet) sondern liefert auch wichtige Denkanstöße bezüglich der Probleme einer Übergangsgesellschaft zum Kommunismus. Auf eines dieser Probleme sind wir bereits bei anderen Gelegenheiten näher eingegangen: Die Regierungsgewalt hätte bei dem von den Sowjetkongressen gewählten Zentralen Exekutivkomitee (ZEK) liegen müssen. Stattdessen lag sie jedoch faktisch beim „Rat der Volkskommissare“ (Sownarkom). Dieser war zwar nominell dem ZEK rechenschaftspflichtig, aber die diversen Krisen des Jahres 1918 führten faktisch dazu, dass er zum staatlichen Exekutivorgan wurde. Dies hatte zur Folge, dass sich statt eines Halbstaaates auf der Basis der Rätewacht ein zentralisiertes und autoritäres Organ herausbildete. Wir stimmen nicht mit Rabinowitchs Argument überein, dass die Revolution schon nach dem ersten Jahr der Sowjetmacht verloren war. Wir meinen, dass der revolutionäre Prozess bei allen Problemen und Rückschlägen bis in die 20er Jahren lebendig war, aber die Fehler des Bürgerkrieges und danach schließlich zur Herausbildung eines totalitären Staates führten. Eine internationale Revolution hätte das revolutionäre Experiment in Russland unter Umständen noch retten können. Das definitive Ende der Revolution setzte jedoch später in den 20er Jahren ein, als Stalin daran ging nicht nur die verbliebenen Errungenschaften der Revolution sondern auch die Revolutionäre selber zu vernichten.

Alexander Rabinowitch: Die Sowjetmacht. Das Erste Jahr – Mehring Verlag 2010

1. „The Bolscheviki Come to Power“ erschien erstmals 1976.
2. Rabinowitch: Die Sowjetmacht. Das Erste Jahr, Seite 2.
3. Zit.nach Rabinowitch, Seite 23.
4. Ebenda Seite 36.
5. Zit. nach Rabinowitch, Seite 169.
6. Raskolinikov (Feodor F. Ilyin) war seit seiner Jugend Bolschewik und Mitglied des Sownarkom. 1917 war er der führende Repräsentant der Bolschewiki in Kronstadt. Er hat seine politischen Erinnerungen in zwei Büchern niedergeschrieben die auch auf Englisch erhältlich sind („Petrograd and Kronstadt in 1917“ und „Tales of Sub-Lieutenant Ilyin“). Rabinowitch greift auf diese Erinnerungen zurück.

Indignados – ein Papier der „Commissione Lavoro“ aus Rom

Unter dem Eindruck der internationalen Krise entwickelt sich derzeit in mehreren Ländern die Protestbewegung der „Empörten“. Ihre Aktionsformen sind Platzbesetzungen, öffentliche Meetings und Protestkundgebungen. Sie drückt gleichermaßen weitverbreiteten Unmut über die soziale Misere aber auch jede Menge Illusionen. Ihr großes Vorbild die Besetzung des Tahir-Platzes wächst sich langsam zum Mythos aus. Unterschlagen wird dabei dass es weniger die breite „Volksbewegung“ als die entschlossen geführten Streikkämpfe waren, die das ägyptische Regime zum Einlenken bewegte. Gleichwohl hat die Bewegung der Empörten die Debatte über weitergehende politische Perspektiven neu beflügelt. Im Folgenden dokumentieren wir ein Diskussionspapier der „Indignado“-Bewegung aus Italien, welches im Zuge der politischen Intervention unserer GenossInnen von Battaglia Comunista zustande gekommen ist.

Als „Kommission Arbeit“ der „Bewegung Italienische Revolution – Wirkliche Demokratie jetzt“ sehen wir in der Krise die Triebkraft für die Bewegung der spanischen Indignados und in anderen Ländern. Dies zeigen nicht zuletzt die Angriffe die die Regierungen aller Schattierungen von Berlusconi bis Zapatero auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnenklasse durchführen. Wir meinen daher dass die Frage der Arbeit im Zentrum der Debatten der Bewegung über Analysen und Aktivitäten stehen sollte und die Bewegung auf alle jene ausgeweitet werden muss, die ausgebeutet werden und den Preis für die Krise des kapitalistischen Systems zahlen sollen. Andernfalls können wir keinen wirklichen Einfluss auf die Gesellschaft nehmen.

Wie wir arbeiten wollen:

Als Kommission setzen wir uns folgende Ziele:

1. Die Erstellung einer Datensammlung über alle wichtigen Auseinandersetzungen in den Betrieben, über die Renten, die Zahl der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten.
2. Die Analyse der Ausbeutungsbedingungen in all diesen Sektoren und die Verschlechterung der Lebensbedingungen.
3. Die Entwicklung von Formen der Agitation die unsere Treffen in diese Sektionen ausweiten kann, wie es die Versammlung von Puerta del Sol gezeigt hat.

In vorherigen Diskussionen haben wir festgestellt, dass die Ursachen der Ausbeutung mit dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zusammenhängen und dass die kapitalistische Produktionsweise sich nun in einer Krise befindet, sich überlebt hat, obsolet geworden ist, und zu-

künftigen Generation nichts mehr anzubieten hat. Wir meinen weiterhin, dass die Krise unweigerlicher Bestandteil des Kapitalismus ist, und es notwendig ist die Krise des Kapitalismus zu überwinden.

Datensammeln

Wir wollen Informationen über die Rechtsprechung sammeln, die Gesetze die unsere Arbeitsbedingungen bestimmen, prekärer machen und verschlimmern und ein Akt der Erpressung darstellen. Wir wollen ebenso Datenmaterial sammeln, welches zeigt wie viele ArbeiterInnen mit ihren Familien heute in Italien leben und wie sie leben müssen.

Ausbeutungsbedingungen

Wir wollen Augenzeugenberichte und Zeugnisse sammeln, die die wirklichen Ausbeutungsbedingungen beschreiben, die von den ArbeiterInnen täglich erlebt werden. Besonders die der Jugendlichen aber nicht nur. Wir wollen mit jenen anfangen die dies hier lesen.

Formen der Agitation um die Versammlungen auf die Arbeitswelt auszuweiten

Wir meinen dass es notwendig ist alle Arbeiter, d.h. auch Teilzeitbeschäftigte, Erwerbslose und alle Sektoren die für die Krise des Kapitalismus zahlen sollen in unsere Versammlungen einzubeziehen. Um das zu erreichen müssen wir damit anfangen die wirklichen Ausbeutungsbedingungen wie sie täglich in den Betrieben erlebt werden zu denunzieren.

Wir müssen versuchen die Logik in dem das Thema Arbeit von den Gewerkschaften, den politischen Parteien und den Politikern angegangen wird umzukehren. Zu oft haben wir gesehen, dass Bewegungen an ihre politischen Vorschläge anknüpften, (und sich dann sofort daran spalteten). Ob nun ein „Bürgergeld“, oder ein „europäischer Lohn“, eine „gesellschaftlich nützliche Arbeit“ oder „weniger Arbeit“, „Arbeit für alle“ usw. – Die Politik die hinter solchen Vorschlägen stand zielte immer darauf ab, den ArbeiterInnen etwas vorzusetzen ohne deren Lebensbedingungen in Betracht zu ziehen, so als wären sie nur nützliche Unterstützer für diesen oder jenen politischen Vorschlag. Wir wollen nicht diesen oder jenen Plan diskutieren das System zu retten (so werden wir niemals aus dem Schlamassel herauskommen). Wir wollen die Frage der Ausbeutung und Fragmentierungen der ArbeiterInnen aufwerfen, um sie einzuladen sich zusammenzuschließen und zu kämpfen.

Agitation

Wir wollen die Arbeiterinnen ins Zentrum unserer Bemühungen setzen, sie einzuladen sich gegen ihre täglich erlebten Ausbeutungsbedingungen zu

wehren. Deshalb sind unsere agitatorischen Losungen auch sehr einfach:

Keine Hungerlöhne!

Gegen mangelnde Sicherheitsvorkehrungen, Unfälle und Töte bei der Arbeit!

Gegen Bandbeschleunigungen und Überstunden!

Nein zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, Flexibilisierungen und das Heuern und Feuern!

Gegen Entlassungen und Erwerbslosigkeit!

Gegen Preiserhöhungen!

Für den gemeinsamen Kampf zur Verteidigung unserer Lebensbedingungen!

Für einen wirklichen Kampf für bessere Lebens – und Arbeitsbedingungen!

An den Arbeitsplätzen und in den Wohnvierteln. Wir agitieren mit der Losung dass der wirkliche Kampf am Arbeitsplatz und in den Wohnvierteln stattfindet. Nur dann können wir den Kampf auf die verschiedenen Sektoren der Gesellschaft, den öffentlichen und den privaten Sektor, von der Industrie zum Einzelhandel usw. ausweiten.

Methoden des Kampfes

Was mögliche Kampfformen angeht, gibt es wenig was neu zu erfinden wäre: Vollstreiks, Streikpostenketten, Solidarität und gegenseitige Unterstützung in den jeweiligen Auseinandersetzungen, Betriebsbesetzungen und Straßenblockaden. All das ist Teil der Geschichte der Kämpfe der ArbeiterInnen und es gibt viel aus ihr zu lernen. Im Allgemeinen unterstützen wir alle Formen der Mobilisierung um die Produktion stillzulegen und Zirkulation von Waren und damit den Profit zu stören. Letztendlich gehen wir davon aus, dass die ArbeiterInnen am besten wissen was die effektivsten Kampfformen in der jeweiligen Situation sind. In diesem Sinne geht es darum sie zu ermutigen, sie zu unterstützen und ausschließlich ihre Interessen zu verteidigen und nicht die einer Gewerkschaft oder politischen Gruppierung.

Organisationsformen. Wir denken dass die einzige Organisationsform die es den ArbeiterInnen erlaubt auf eigenen Beinen zu stehen und ihre Kampfkraft zu erhöhen die der Versammlung ist. Versammlungen von unten die,

- die Spaltung entlang von „Rasse“, Geschlecht, Herkunft, Bildungsstand und Berufsgruppen zwischen ArbeiterInnen überwinden

- die Erwerbslosen und Beschäftigten zusammenführen

- die Tendenz überwinden die Vertretung unserer Interessen an Gewerkschafter und Politiker zu delegieren

- die Entscheidungsfindungen möglich machen über die Form, Vorgehen und Zeitpunkt der Mobilisierung. Die entscheiden ob Vorschläge von anderen angenommen werden oder nicht.

Wir meinen dass wir uns selber gegen die harten Angriffe der Bosse verteidigen müssen, dass wir unsere Isolation überwinden müssen um den individuellen Kampf in einen einzigen, größeren und kollektiven Widerstand zu transformieren. Wir müssen unsere Trägheit überwinden und unser Leben wieder in die eigenen Hände nehmen.

Nur wenn wir unsere Nöte und Unbehagen als soziales Problem angehen, können wie das System zwingen entweder Zugeständnisse zu machen (die wir annehmen können oder auch nicht) oder zu erklären dass es unsere Forderungen nicht erfüllen kann und damit sein Scheitern einzugestehen.

Die gegenwärtige Arbeit ist ein Beitrag der stetig auf der zentralen Versammlung aktualisiert wird. Die „Kommission Arbeit“ steht jedem offen der daran teilnehmen möchte. Wir laden alle ein sich an unseren Online-Diskussionen zu beteiligen und sich in unseren Email-Verteiler einzutragen.

commlavro_italianrevolution(ät)googlegroups.com

Interview mit der Socialist Workers`League of Korea (SWLK)

Wir haben bereits an anderer Stelle über die Repression gegen die GenossInnen der SWLK berichtet. Das folgende Interview bietet einige Hintergrundinformationen über die Klassenkämpfe in Südkorea und das Vorgehen des Staates.

Könntest Du Dich vorstellen?

Ich arbeite als Sekretär für die „Socialist Workers League of Korea“. Als eines der Gründungsmitglieder der SWLK wurde ich im August 2008 wegen Verstoßes gegen das Nationale Sicherheitsgesetz verhaftet. Aber im Gegensatz zu den Erwartungen der koreanischen Regierung hat das Gericht die Haftbefehle für alle festgenommenen AktivistInnen aufgehoben, so dass wir nach 60 Stunden Haft wieder freigelassen wurden. Im November hat die Anklage wiederum Haftbefehle erlassen, die ebenfalls aufgehoben wurden. Aber

sie haben nicht aufgegeben und nach einjährigen weiteren Ermittlungen wieder Anklage erhoben. Dieses Verfahren zog sich über ein Jahr hin. Ich bin ebenfalls in der Unterstützungsarbeit für die Gewerkschaft der prekären ArbeiterInnen Koreas aktiv, die sich aus mehreren Vereinigungen prekärer ArbeiterInnen zusammensetzt und dem Korean Confederation of Trade Unions (KCTU) angeschlossen ist. Ich war weiterhin in der Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit für ArbeiterInnen mit Teilzeitverträgen in den großen Unternehmen wie bspw. der Hyundai Motor Company aktiv.

Was ist die "Socialist Worker's Alliance of Korea"?

Die „Socialist Workers League of Korea“ wurde im Februar 2008 als vereinigte revolutionäre Kraft von mehreren sozialistischen Gruppen in Korea gegründet. Wir sind eine revolutionäre Organisation, die öffentlich erklärt auf der Seite des Proletariats in der ganzen Welt (Korea eingeschlossen) für die proletarische Revolution zu kämpfen.

Kannst Du mehr über die politische Ausrichtung der SWLK sagen?

Wie ich schon vorhin sagte, basiert die Plattform der SWLK auf dem revolutionären Sozialismus. Aber dieser Begriff hat verschiedene Bedeutungen, je nachdem welche Gruppen ihn verwenden. Deswegen muss ich wohl einige Ausführungen machen. Wir sind revolutionäre SozialistInnen, die davon ausgehen, dass das kapitalistische System auf der Abpressung von Mehrwert durch rücksichtslose Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter basiert und daher eine sozialistische Transformation unabdingbar ist. Dies kann nur durch eine ArbeiterInnenrevolution geschehen, nicht durch den Parlamentarismus. Die Pariser Commune und die Russische Revolution waren bedeutende Meilensteine in der Geschichte der Menschheit. Aber der Kampf des Proletariats hat durch die Niederlage der Weltrevolution in den 20er-Jahren und die stalinistische Konterrevolution in den 30ern eine schwere Niederlage erlitten. Wir sehen die Sowjetunion nach 1930 nicht als sozialistischen Staat an. Ebenso sehen wir die stalinistischen Staaten in Osteuropa, China, Kuba und Nordkorea nicht als sozialistische Staaten. Diese erklären sich gerne zu sozialistischen Staaten, obwohl dort niemals eine ArbeiterInnenrevolution stattgefunden hat. Diese Staaten waren nur eine andere Form des kapitalistischen Staates, was bedeutet dass sie die Ausbeutung und Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse nie aufgehoben haben. Wir glauben und hoffen dass diese Regime durch wirkliche ArbeiterInnenrevolutionen gestürzt werden.

Könntest Du etwas zur politischen Praxis der SWK sagen?

Unser Schwerpunkt besteht darin ArbeiteraktivistInnen für den Aufbau einer revolutionären Partei zu organisieren. Wir meinen, dass sich revolutionäre Kräfte in den Betrieben verankern müssen, wo normale ArbeiterInnen ausgebeutet werden und sich in den täglichen Kämpfen gegen das Kapital mit anderen KollegInnen zusammenschließen müssen.

Welche Rolle hat die SWK in den Streiks seit 2007 gespielt?

Es hat seit 2007 in Korea sehr wichtige Streiks gegeben. Etwa den Streik in der Einzelhandelskette E-Land 2007, den Streik der AutomobilarbeiterInnen bei Ssangyong 2009 und den Streik pre-

kär beschäftigter ArbeiterInnen bei Hyundai, um nur einige zu nennen. Alle drei Streiks haben als Sit-ins begonnen und sich dann auch als Besetzungstreiks entwickelt. Die Aktivitäten der SWLK in diesen Streiks haben sich nicht sonderlich von anderen sozialistischen Gruppen in Korea unterschieden. Wir haben diese Streiks unterstützt, versucht Solidarität herzustellen und für Solidaritätstreiks in anderen Betrieben appelliert, um so die Angriffe der Regierung und der Kapitalisten zurückzuschlagen. Wir haben uns dabei auf die BasisaktivistInnen konzentriert, da sie es und nicht die Gewerkschaftsführer es waren, die in diesen Besetzungstreiks eine aktive Rolle gespielt haben. Wir haben versucht mit vielen ArbeiterInnen über die Perspektiven der Streiks zu diskutieren und die Streikberichte durch unsere Zeitung und unsere Betriebsflugblätter anderen ArbeiterInnen bekannt zu machen.

Warum ist der koreanische Staat gegen Dich und andere AktivistInnen der SWLK vorgegangen?

Es würde nicht sehr weit führen lange über unsere Sicht der Dinge zu reden. Deshalb möchte ich mich darauf konzentrieren drei Argumente der herrschenden Klasse darzustellen, die in wichtigen Situationen gegen uns vorgebracht wurden. Erstens: Warum hat sich die Regierung entschieden im August 2008 SWLK-Mitglieder einzusperren. War gerade dieser Zeitpunkt für die Regierung Lee Myongbak wichtig? In der Tat! Ausgehend von einer kleinen Kundgebung einiger Schüler entwickelten sich in Korea im Juni und Juli tägliche Demonstrationen, an den sich Hunderttausende beteiligten und ein Ende des Regimes forderten. Aber im August genau nach unserer Verhaftung erklärte die Regierung, dass die SWLK die treibende Kraft bei den Demonstrationen des Sommers 2008 gewesen sei. Das ist offenkundig eine glatte Lüge. Wir waren nur eine von vielen Kräften, die sich an den Kundgebungen beteiligte. Wenn es Unterschiede zwischen den sozialistischen Gruppen, einschließlich SWLK und anderen gegeben hätte, wäre das ein Punkt. Wir riefen die ArbeiterInnen nicht nur auf den Kundgebungen sondern auch in den Betrieben zu politischen Streiks gegen das Handelsabkommen FTA und andere Formen der Arbeitsplatzvernichtung der Regierung auf. Zweitens: Nachdem sie zweimal gescheitert waren einen Haftbefehl gegen SWLK-Mitglieder durchzusetzen, entschied sich die Anklage 2009 uns ohne Inhaftierung anzuklagen. Was geschah zu dieser Zeit? Die ArbeiterInnen von Ssangyong hatten 77 Tage einen Besetzungstreik durchgeführt, der erst am 7. August von der Polizei brutal unterdrückt werden konnte. Als sie uns am 11. August anklagten, war dies also genau nach dem Ende des Besetzungstreiks. In einer Presseerklärung der Staatsanwaltschaft wurde die SWLK als eine treibende

Kraft dargestellt, die den Streik angeheizt habe. Doch wieder einmal waren wir nicht die einzige Kraft die den Streik unterstützte und versuchte Solidarität herzustellen. Es ist nicht überraschend, dass die Anklage bezüglich des Streiks bei Ssangyong dem Gericht kaum Beweise vorlegen konnte. Drittens: Bei der Prozessoröffnung gab die Anklage einen bezeichnenden Kommentar ab: „Selbstverständlich ist die SWLK eine kleine Gruppe. Aber sie kann nicht einfach als unschuldig gelten nur weil sie eine kleine Gruppe ist. Besonders in dieser neoliberalen Ära ist es für eine kleine Gruppe wie die SWLK nicht unmöglich mehr Unterstützung von Menschen zu bekommen, und sich zu einer bedrohlichen Kraft zu entwickeln, die unser kapitalistisches System überwinden könnte.“ Braucht es noch weitere Erläuterungen um zu erklären, warum die koreanische Regierung gegen die SWLK vorgeht? Zweifellos organisieren wir eine kleine Anzahl von ArbeiterInnen. Aber der Fall der SWLK ist nur der Anfang. Wenn wir in den kommenden Verfahren schuldig gesprochen werden, werden andere sozialistische Gruppen und ArbeiteraktivistInnen an der Reihe sein.

Wie wirkt sich das „Nationale Sicherheitsgesetz“ auf das Verfahren aus?

Das „Nationale Sicherheitsgesetz“ spielt in diesem Verfahren eine besondere Rolle. Es wird oft gesagt, dass das „Nationale Sicherheitsgesetz“ in Korea über der Verfassung stünde. Die Staatsanwaltschaft klagt uns für die Teilnahme an Demonstrationen gegen die Regierung an. Besonders geht es dabei um eine Kundgebung gegen das Freihandelsabkommen zwischen Korea und den USA im Jahr 2008, die 1. Million Menschen auf die Straße brachte. Aber das ist nur ein kleinerer Bestandteil des Verfahrens. Die Staatsanwaltschaft fordert von jedem Angeklagten eine Geldstrafe von ca. 500 Dollar wegen Verletzung des Demonstrations- und Versammlungsgesetzes. Bezüglich des angeblichen Verstoßes gegen das „Nationale Sicherheitsgesetz“ fordert sie jedoch 5-7 Jahre Haft. Darüber waren viele Menschen schockiert. 7 Jahre Haft ist die Höchststrafe für Verletzung des Paragraphen 7 des Nationalen Sicherheitsgesetzes. Die Anklage argumentiert, dass wir zu Gunsten eines feindlichen Staates gehandelt hätten, womit sie natürlich Nordkorea meint. Das ist absolut lächerlich, da ich ja schon ausführte, dass die SWLK gegen das nordkoreanische Regime ist. Hier liegt das ganze Geheimnis des Nationalen Sicherheitsgesetzes. Gegenüber der internationalen Gemeinschaft argumentiert die koreanische Regierung, dass dieses Gesetz gegen die militärische Bedrohung des Nordens schützen soll. Aber seine Ursprünge liegen in einem antikommunistischen Gesetz aus dem

Jahr 1948. 1960 wurde lediglich der Name in „Nationales Sicherheitsgesetz“ geändert. Das „Nationale Sicherheitsgesetz“ ist also lediglich der Nachfolger der antikommunistischen Gesetzgebung. Folgerichtig hat die koreanische Regierung mittels des „Nationalen Sicherheitsgesetzes“ nicht nur AktivistInnen, die das nordkoreanische Regime unterstützen oder Verbindungen mit ihm haben, verfolgt, sondern auch SozialistInnen die argumentieren, dass das nordkoreanische Regime durch eine ArbeiterInnenrevolution gestürzt werden muss. Das ist auch einer von vielen Gründen, warum internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International von der koreanischen Regierung fordern dieses Gesetz außer Kraft zu setzen.

Kannst du etwas zum Verlauf des Verfahrens und den politischen Folgen sagen?

Nahezu jeder Beweis, mit dem die Anklage unsere Schuld nachweisen möchte, stammt aus unseren Zeitungen und politischen Statements, die wir auf unserer Website publiziert haben. Einige stammen aus privaten E-Mails die die Staatsanwaltschaft mittels Durchsuchungsbefehl aus hunderttausenden Emaillisten herausgefiltert hat. Ausgedruckt macht die „Beweislage“ ca. 40.000 Seiten aus. Über zwei Jahre haben Staatsanwaltschaft und Polizei uns beschattet, auf Demonstrationen und politischen Versammlungen fotografiert, unsere privaten Emails gelesen und unsere Mobiltelefone abgehört. Während des Verfahrens gab es 30 öffentliche Verhandlungen, in denen wir Angeklagten uns politische Redeschlachten mit der Staatsanwaltschaft lieferten. Die Anklage rief mehr als 20 Zeugen auf. Das Verfahren nähert sich nun der Urteilsverkündung und unsere Hoffnung freigesprochen zu werden ist gewachsen. Es ist mehr als nur eine Hoffnung. Viele Kräfte und Gruppen haben uns in unserem Kampf gegen die Repression des koreanischen Staates unterstützt. Ebenso haben wir gehört, dass auch internationale Solidarität im Aufbau begriffen ist. Aber wer kann den Urteilsspruch schon wissen oder vorhersagen. In unserem Schlusswort haben wir Angeklagten folgendes hervorgehoben: „Ob wir nun eingesperrt werden oder nicht – die koreanische Regierung wird den sozialistischen ArbeiterInnen nicht verbieten können weiter zu wachsen. Es ist der Kapitalismus selber, der die ArbeiterInnen tagtäglich zum Sozialismus treibt. Die Anklage argumentiert, dass wir eine sehr gefährliche Ideologie vertreten würden. Glauben Sie, dass das wahr ist? Dann lassen sie doch die SozialistInnen frei und unbehelligt ihren Weg gehen. Wenn die Anklage richtig liegt, werden die ArbeiterInnen ganz von selber unsere Ideen, den Sozialismus zurückweisen.“

Politisches Selbstverständnis der Gruppe Internationaler SozialistInnen

„Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: Entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei! Wir stehen vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, das heißt der bewussten Kampffraktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg. Dies ist das Dilemma der Weltgeschichte, ein Entweder-Oder, dessen Waagschalen zitternd schwanken vor dem Entschluss des klassenbewussten Proletariats.“

Rosa Luxemburg 1915

An der Schwelle des 21. Jahrhunderts haben diese Worte Rosa Luxemburgs nicht an Aktualität verloren. Nach wie vor ist der Kapitalismus unfähig der übergroßen Mehrheit der Menschheit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Während Banken und Konzerne Rekordgewinne einfahren, werden immer mehr Leute auf die Straße gesetzt und die Angriffe auf die Lohnabhängigen zum Wohle des nationalen Wirtschaftsstandortes forciert. Während Wissenschaft und Technik sich stetig entwickeln, sterben tagtäglich Tausende an Hunger und leicht heilbaren Krankheiten, werden die ökologischen Ressourcen dieses Planeten immer weiter vernichtet, werden die Ausgebeuteten und Unterdrückten mit dem Gift des Nationalismus in immer wahnwitzigere Kriege gehetzt, in denen sie nichts zu gewinnen aber alles zu verlieren haben. Während uns die Apologeten dieses Systems das hohe Lied der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorkrächzen, wird der Überwachungsstaat immer weiter perfektioniert, das rassistische Projekt der Festung Europa vorangetrieben. Menschen, die vor Hunger und Krieg fliehen werden abgeschoben, rassistische Ideen und faschistische Parteien gewinnen an Akzeptanz. Angesichts des alltäglichen Wahnsinns des Kapitalismus ist die Entwicklung von Widerstand und „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, dass diese Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebenso wenig vor den vorhandenen Mächten“ (Karl Marx) heute notwendiger denn je.

Zugegeben, die Bilanz des letzten Jahrhunderts ist für denjenigen Teil der Linken der grundlegende gesellschaftliche Veränderungen anstrebte, nicht gerade positiv. Seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes hat die revolutionäre Linke wenig Erfolge aber viele Niederlagen zu verzeichnen und ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. An der stalinistischen Degeneration der Oktoberrevolution, der Niederlage der revolutionären Bewegung der 20er Jahre und der fast vollständigen Vernichtung einer ganzen Generation revolutionärer KommunistInnen durch den Stalinismus krankt sie noch heute.

Gleichzeitig ist es dem Stalinismus und der Sozialdemokratie im letzten Jahrhundert vortrefflich gelungen die Idee des Sozialismus als emanzipatorische Alternative zum Kapitalismus westlicher wie östlicher Prägung grundlegend zu diskreditieren. Um diese Bilanz in der Zukunft umzudrehen gilt es, anknüpfend an den Erfahrungen und theoretischen Errungenschaften des Bundes der Kommunisten, der Ersten, Zweiten und Dritten Internationale und den antistalinistischen revolutionären Strömungen der 20er und 30er Jahre die Ideen des revolutionären Marxismus in den sozialen Bewegungen und Kämpfen wiederzubeleben. Die Gruppe Internationaler SozialistInnen will hierzu einen Beitrag leisten.

Programmatischer Ausgangspunkt unserer Aktivität ist die Feststellung dass,

- **„auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für die Beseitigung der kapitalistischen Anarchie kein Kräutlein gewachsen ist“** (Rosa Luxemburg), der Kapitalismus folglich weder abgewählt noch menschenwürdig verwaltet werden kann;
- der Kapitalismus als weltumfassendes System nur international bekämpft und überwunden werden kann;
- es im Zeitalter des imperialistischen Krieges keine richtige Seite geben kann und es weder Vaterländer noch Staaten sondern einzig die Klasseninteressen des internationalen Proletariats zu verteidigen gilt;
- jedes Zugeständnis an den Nationalismus zum Schluß mit der eigenen Herrschenden Klasse führt und konsequenter Internationalismus kein moralisches Gebot sondern eine grundlegende Ausgangsbedingung emanzipatorischer Politik ist;
- Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie der Spaltung der Lohnabhängigen dienen und von revolutionären MarxistInnen entschieden zurückgewiesen und bekämpft werden müssen;
- der Aufbau einer integrierten revolutionären Bewegung eine bewusste Minderheitenpolitik mit den unterdrücktesten Sektoren der Klasse voraussetzt;
- die sog. „realsozialistischen Länder in keinster Weise „antikapitalistisch“, „progressiv“ oder „fortschrittlich“ waren, sondern besonders brutale Formen des Staatskapitalismus darstellten;
- der Sozialismus in seinem Ziel und auf seinem ganzen Wege ein Kampf für die Verwirklichung der Freiheit ist und von daher die bewusste Überwindung aller Fetische der bürgerlichen Gesellschaft namentlich des Staates, der Familie, der Ware, des Geldes, des Marktes, des Tausches und der Lohnarbeit im Weltmaßstab voraussetzt;
- die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann und eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückte niemals durch auch noch so wohlmeinende Minoritäten und Eliten, sondern nur durch die Selbstorganisation und Selbstemanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten erreicht werden kann.
- sich revolutionäre Politik daran messen lassen muss, jeden noch so kleinen Schritt in diese Richtung zu unterstützen.

Gruppe Internationaler SozialistInnen

Wachsendes Elend für die rumänische ArbeiterInnenklasse

(Bericht eines Genossen von Battaglia Comunista)
Am 19. August beschloss die rumänische Regierung in Bukarest die Haushaltsplanung für die Jahre 2012-2014. Seit zwei Jahren ist das Land schon Opfer einschneidender Kürzungsprogramme, die die ArbeiterInnen buchstäblich in Angst und Schrecken versetzen. Nachdem ein neues Arbeitsgesetz verabschiedet wurde, welches ca. 6,5 Millionen Beschäftigte betrifft, stieg die Zahl von befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Zeitverträgen sprunghaft an. Ebenso setzen die Bosse auf längere Probezeiten, bevor es zur Festanstellung kommt. Darüber hinaus wurde die Ausgabe von Lebensmittelmarken zurückgefahren, die Urlaubsberechtigungen beschnitten und die Zuschläge für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gekürzt. Sie erhalten nun nur noch Zuschläge für Tätigkeiten, die sie außerhalb der regulären Arbeitszeit geleistet haben. Als ob dies nicht schon genug wäre, hat die Regierung einen faktischen Einstellungsstopp beschlossen und will künftig nur noch jede siebte Stelle neu besetzen. Im Mai haben die Unternehmen die Arbeitswoche von 5 auf 4 Tage gekürzt, was für die Beschäftigten mit einschneidenden Lohnverlusten verbunden war. Eine geplante Rentenerhöhung wurde ausgesetzt und auch das Bildungssystem wurde hart getroffen. Eine Anhebung der Ausgaben im Bildungswesen um gerade einmal 6% soll es erst in zwei Jahren geben. Die Gewerkschaften haben demgegenüber lediglich begrenzte Streiks veranstaltet, die dem Ernst der Lage nicht gerecht werden konnten. Sie beklagen zwar die "Misswirtschaft der Regierung" (so wie Susanna Camusso¹ in Italien und mit denselben Ergebnissen) aber ansonsten tun sie nichts außer dass sie die ArbeiterInnen, denen die Kosten der Krise aufgebürdet werden sollen, vom Kampf zurückzuhalten. Die Gewerkschaften haben sich vollständig dem Willen des rumänischen Kapitals untergeordnet, welches wiederum versucht ausländische Banken besonders aus Österreich,

Deutschland, Italien und Frankreich anzuziehen. Die rumänischen Städte sind regelrecht mit Filialen ausländischer Banken vollgestopft, wie z.B. der Raiffeisen Bank und der Ersten Bank aus Österreich, der Unicredit und der Intesa Sanpaolo aus Italien, der Societe Generale aus Frankreich, der deutschen Landesbank, der belgischen KBC und der EFG Eurobank aus Griechenland. Seit 2005 haben diese Banken versucht ihre Arme in Südosteuropa auszubringen, und sich bei der EZB und dem IWF dafür eingesetzt, Ländern wie Serbien und der Ukraine den Eintritt in die Eurozone zu erleichtern. Ihre einzige Sorge besteht darin, dass ein finanzieller Zusammenbruch an allen Fronten zu Lasten der Finanzwelt gehen könnte. In der kapitalistischen Logik ist es immer die ArbeiterInnenklasse, die für die riskanten Geschäfte der Banken, der Industrie und der Investoren zahlen soll. Die EU-Gelder, die Hilfen von EZB und IWF, die sich 2009 auf 20 Milliarden Euro beliefen, werden im Ernstfall wohl kaum ausreichen. Das Wachstum der rumänischen Wirtschaft beträgt gerade einmal 1,7%. Das BIP des Landes ist im freien Fall begriffen. Viel schwerwiegender wirkt jedoch die massiv gestiegene Arbeitslosigkeit. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse greifen immer weiter um sich und ältere wie junge ArbeiterInnen werden gleichermaßen ausgebeutet und erpresst. Es ist noch ein langer Weg für die Perspektive eines selbstorganisierten proletarischen Kampfes und die rumänische ArbeiterInnenklasse muss eine richtige Antwort auf die derzeitige ernsthafte Situation entwickeln. Eine Hoffnung besteht darin, dass sich der Klassenkonflikt im Zuge des Beitritts Rumäniens in die Euro-Zone radikalisiert und sich zu einem gemeinsamen Kampf gegen den schier endlosen Verzicht entwickelt, unter dem auch das Proletariat im "reichen" Zentraleuropa" seit Jahren leidet. (AD)

1) Neue Vorsitzende der CGIL, des größten Gewerkschaftsverbandes in Italien, der früher von der Kommunistischen Partei kontrolliert wurde.

Solidaritätsaufruf des Autonomen Buchladens Gondolkodó in Budapest (Gondolkodó Autonóm Antikvárium Gondolkodó)

Seit mehreren (nunmehr 18) Jahren ist der **Buchladen Gondolkodó** der einzige funktionierende Infoladen in Osteuropa. Er fungiert gleichermaßen als Treffpunkt, Vertriebsstelle für linke Literatur als auch Archiv für Texte der ArbeiterInnenbewegung. Nun muss er dringend renoviert werden, da die Wände feucht und schimmelig sind, der Putz von der Decke fällt, die Regale wackelig sind, das Abflussrohr verstopft ist etc. Der Zustand der Bibliothek hat sich zunehmend verschlechtert und der Vertrieb von Publikationen wird unter diesen Umständen immer schwieriger. Da wir die Kosten einer vollständigen Renovierung nicht alleine tragen können, sind wir dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen um die dringendsten Arbeiten durchführen zu können. Bitte unterstützt uns bei diesem Vorhaben nach Maßgabe Eurer Möglichkeiten (wenn ihr 10 Euro schicken könnt tut dies, wenn ihr mehr Geld habt, auch größere Beträge). GenossInnen, AktivistInnen und UnterstützerInnen bitte verbreitet diesen Solidaritätsaufruf und unterstützt uns.

Wir danken für Eure Hilfe im Namen internationalistischer proletarischer Solidarität.

Geld kann an folgende Bankverbindung geschickt werden:

Baki László, HU23 1040 3301 8675 5557 8750 1003, Swift code: OKHBHUHB, Gondolkodó